Einzelpreis 30 Pf. Halle, Mittwoch, den 28. Juli 1920. 31. Jahrgang · Nr. 174

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 145093. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Sozialistischer Gruß nach Rußland!

Reichstagsrede des Genossen Breitscheid zur Lage.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung. Dienstag, den 27. Juli.

In der ehemaligen Loge hat der englische Arbeiterführer Ramsay Macdonald Platz genommen.

Reichsminister Dr. Simons erklärt, daß die Interpellation aller Parteien betreffend die Unterstellung verschiedener Ortschaften unter die polnische Staatshoheit in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden wird.

Vor Eintritt in die

Besprechung über die Regierungserklärung

erhält das Wort zur Ergänzung seiner gestrigen Ausführungen

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons: Gegenüber Behauptungen stelle ich fest, daß meine Bemerkungen über die Grenzbezeichnung vor der französischen Fahne keine Kritik geschwiege denn einen Vorwurf gegen das Verhalten der Reichswehr enthalten sollten. Der Satz „Ueber den Geschmack läßt sich streiten" bezog sich selbstverständlich nicht auf meinen Kollegen, den Herrn Reichswehrminister oder die Heeresverwaltung, sondern auf die Zwischenrufe aus dem Hause. (Zuruf b. d. US.: Totaler Rückzug!)

Abg. Stampfer (Soz.):

Die Ausführungen des Ministers Simons geben uns in keiner Weise Anlaß, oppositionell dagegen Stellung zu nehmen. wir können mit ihr in großen Zügen einverstanden sein. Sie geht von dem Grundsatz aus: wer große Ziele verfolgt, darf dabei auch keine Rückschritten nehmen. Leider ist Dr. Simons von diesem Grundsatze schon wieder abgewichen. Hätte Dr. Simons in seiner gestrigen Rede Millionen Töpfe der auswärtigen Politik zerschlagen. hätte er über bedeutende Politiker des Auslandes verächtliche und beschimpfende Urteile gefällt, so wäre er des zuteilenden Beifalles von gewisser Seite sicher gewesen. (Sehr richtig! links.) Daß er sich aber an einen Oberleutnant herangemacht hat, das scheint mir von vornherein bedenklich. (Heiterkeit links.) Meine Bedenken haben sich heute als gerechtfertigt erwiesen. Dr. Simons hat sich genötigt gesehen, einen diplomatischen Rückzug auf diesem Gebiet anzutreten. (Sehr wahr! links.) Wenn das Reichskabinett der Reichswehr weiter so verfagen sollte, wie bisher, wenn immer wieder neue Fälle zu unseren Ohren kommen, wie die, daß **2000 Mann Ehrhardt-Truppen in Cuxhaven einrangiert werden,** und dort Skandal in den Straßen machen, und daß in Ostpreußen mit der Ausführung des Belagerungszustandes ein General beauftragt wird, gegen den der Untersuchungsausschuß der Beurlaubung wegen des Kapp-Putsches beantragt hat (Hört, hört!), dann sind uns

100 000 Mann Reichswehr immer noch viel zu viel.

(Unruhe und Lachen rechts, Zustimmung links. Zuruf Lebedour (US.): Die Erkenntnis kommt etwas spät!) Auch sonst wird Dinges dafür zu sorgen haben, daß untergeordnete Behörden ihm nicht in sein Ressort hineinpfuschen. Ein solcher Fall wird jetzt von der Paßbehörde in Flensburg gemeldet. Sie hat von **1200 dänisch sprechenden Kindern,** die neben 900 deutschen Kindern den Segen des Landaufenthalts in Dänemark erfahren sollten, wider Erwarten einen Paß für die Einreise nach Dänemark verlangt, während man sonst die Transporte ohne die geringste Behinderung passieren ließ. Die Gebühr beträgt 55 Mark. (Hört, hört!) Als man den Betrag von etwa **60 000 Mark** [illegible] aufgebracht worden war, erklärte die Paßbehörde, **sie könne die Arbeit nicht bewältigen,** die ihr dadurch auferlegt werde. (Stürmisches Hört, hört!) **Die französische Machtpolitik macht den Versuch,**

in Deutschland einzumarschieren

trotz des Friedensabschlusses. Der Minister mag sich nach dem kleinen Schwächeanfall, den er heute zu unserem Bedauern gehabt hat (Heiterkeit links.), wieder besinnen auf die Energie, die er uns in seiner gestrigen Rede versprochen hat.

Die deutsche Delegation in Spa konnte nicht anders handeln, als sie gehandelt hat. Ich als deutscher und internationaler Sozialist halte es für meine heiligste Pflicht, hier Protest einzulegen gegen die Methode, nach der in Spa noch immer verhandelt worden ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn dort Foch eine Tätigkeit ausgeübt hat, die man ironisierend als „Dolmetscher-Tätigkeit" bezeichnet hat, so verurteile ich sie genau so, wie die gleichgerichtete Tätigkeit des Generals Hoffmann in Brest Litowsk. (Zuruf Lebedour (US.): Das kommt ein bißchen spät!) Wir haben Hoffmanns Tätigkeit in Brest Litowsk damals ebenso verurteilt, verrennen Sie sich (nach links) doch nicht ganz und gar in Ihre Agitation. (Große Unruhe b. d. US.) Die Zumutung, wir sollten den Einmarsch als zu recht erfolgend ansehen, verstößt wider das Völkerrecht, der Einmarsch wäre eine Vernichtung des Friedensvertrages (Lebhafte Zustimmung.), eine Wiederaufnahme des Krieges gegen ein wehrloses Land. Diese sittliche Forderung der Arbeiterschaft wird heute zusammengefaßt in dem Schlagworte der Sozialisierung. **Es bedeutet zielbewußte überlegte Anpassung an die notwendige Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, die zum Sozialismus hinüberdrängt, eine Form der Sozialisierung, die in keinem Augenblick den Produktionsprozeß stören kann.** Dieser Sozialisierung steuern wir zu. **In dieser Form betrachten wir die Sozialisierung der Bergwerke als eine der dringendsten Forderungen des Tages gerade im Zusammenhang mit dem Kohlenabkommen.**

Simons hat in seiner gestrigen Rede der Sowjetregierung [illegible] **hoher Anerkennung gewidmet. Die wirtschaftlichen Ideen des Sozialismus haben in Rußland eine ganz besondere Form angenommen und eine besondere religiöse Kraft erhalten. Aber** der Weg Rußlands kann und darf nicht der Weg Deutschlands sein. Wir können und wollen nicht über Zerstörungen zu unseren Ziele schreiten. Das osteuropäische Problem kann nur gelöst werden durch einen Völkerbund, dem Deutschland als gleichberechtigt angehört. Wir gehen nach Genf, um zu werken und zu wirken für Weltfrieden und Weltfreiheit, für Demokratie und Sozialismus. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Breitscheid (Unabh. Soz.):

Ob und die Spa-Verhandlungen Erfolg oder Nichterfolg gebracht haben, ist eine müßige Streitfrage. Der Minister Dr. Simons sagt mit Recht, daß der Friedensvertrag noch gar nicht genügend im deutschen Volke bekannt sei. Aber es hat sich offenbar auch noch nicht einmal genügend herumgesprochen, daß wir einen Krieg verloren und eine schwere militärische Niederlage erlitten haben. (Widerspruch rechts.) Vielleicht wissen Sie es, aber die Konsequenzen daraus haben Sie in Ihrer Politik noch nicht gezogen. Für Spa und Versailles tragen die Verantwortung nicht die Unterzeichner des Vertrages, sondern **diejenigen, deren Politik uns notwendigerweise zu solchen Katastrophen führen mußte.** (Lärm rechts.) Auch wir sehen in dem Verhandlungsergebnis von Spa noch nicht den Abschluß der Dinge. Auch wir hoffen auf eine höhere Instanz. Wir hoffen aber nicht, wie Dr. Simons, auf das Gericht der Weltgeschichte und nicht, wie Herr Fehrenbach, auf das jüngste Gericht, sondern uns schwebt

die Revolutionierung der Welt

vor. (Lachen rechts.) Wenn die Arbeiter so oder so zum Siege gekommen sind, dann wird auch der Vertrag von Versailles sein Ende gefunden haben. Dieser Augenblick ist vielleicht nicht so nahe, wie es auch viele Arbeiter in unseren Reihen hoffen, aber **der Kapitalismus hat sich schon selbst durch diesen Krieg** ad absurdum **geführt** und seine roten Wangen sind nur die keftischen Rosen auf den Wangen eines zum Tode verurteilten Schwindsüchtigen. Wir erwarten wenig oder gar nichts von Lloyd George und Millerand. Sie bleiben immer nur die Sachwalter des siegreichen Kapitalismus.

Wir erwarten alles vom Erwachen der Arbeiterschaft.

(Beifall b. d. US.) Der Reichskanzler hat in Spa den bolschewistischen Lappen energisch geschwungen. Unsere Unterhändler hatten als Material für die Entente ein Generalstabswerk gegen die Arbeiterschaft: **„Die Rote Armee und der März-Putsch"**, ein bejammerwertes Machwerk, hergestellt aus elendem Spitzelmaterial. Wir stehen dem Ententeimperialismus und Kapitalismus genau so ablehnend und feindlich gegenüber, wie dem deutschen Kapitalismus. (Widerspruch rechts.) Wir wünschen die **vollständige Beseitigung der Reichswehr.** Wenn Herr Stampfer leise Andeutungen in ähnlichem Sinne machte, so bedauern wir, daß seine Freunde diese Haltung nicht unter der glorreichen Regierung Noskes eingenommen haben. Wir fürchten, daß man die Entwaffnung zwar versuchen will bei der Arbeiterschaft, aber nicht auf den pommerschen und brandenburgischen Rittergütern, wo von den Waffen der schändlichste Gebrauch gegen Friedensfreunde gemacht wird. (Lachen und Widerspruch rechts.) Wir fürchten, daß die gegenrevolutionären Einwohnerwehren und ähnliche Gebilde durch die Maschen schlüpfen werden. Was der französische Gesandte in Bayern soll, das weiß weder die Reichsregierung noch die bayerische Regierung. Ich bin aber überzeugt, daß der zukünftige Hetmann von Bayern, Herr Dr. Heim (Heiterkeit) uns sehr gut Auskunft geben könnte. (Abg. Dr. Heim erhebt sich und protestiert lebhaft.) Ich glaube, Herr Dr. Heim, daß Sie sogar sehr intelligent sind. (Dr. Heim: Sie irren sich. Heiterkeit.) Ich bin natürlich zu höflich, um Ihnen zu widersprechen. (Heiterkeit.)

Wir sind mit der Neutralitätserklärung der Regierung einverstanden. Nicht einverstanden sind wir mit der **Massierung von Truppen an der Ostgrenze und mit der Verhängung des Ausnahmezustandes an der Grenze.** Bei dem Geist der in der Reichswehr herrscht, fürchten wir, Konflikte mit den Truppen jenseits der Grenze. Stärker als die Regierung wird die Kraft der Arbeiterschaft sein, die

keine Unterstützung der Feinde Sowjet-Rußlands

zulassen wird. **Wir entbieten von dieser Stelle aus unseren Brüdern in Sowjet-Rußland unsern Gruß und Glückwunsch.** (Lärm rechts.) Das ist die einzige Art des Krieges, für die wir Verständnis haben (Lachen rechts.), ein **Krieg zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften.** (Erneutes Lachen rechts.)

Wir fordern auch die deutschen Arbeiter von dieser Stelle aus auf, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um durch Boykott von Truppen und Munitionstransporten dafür zu sorgen, daß der mehr oder weniger papierene Neutralitätswille der Reichsregierung zur Tat und Wahrheit wird.

Mit den Erklärungen des Ministers über das Verhältnis zu Sowjet-Rußland sind wir einverstanden. Damit ist unser Verhalten in den letzten Jahren gerechtfertigt. Wir haben protestiert gegen die Tätigkeit der gegenrevolutionären russischen Werbeoffiziere. Heute ist der Beweis erbracht, daß **die bisherigen Regierungen die Neutralität gegen Rußland nicht gewahrt und den schnödesten Bruch des Völkerrechts zugelassen haben.** Wir wollen daß Deutschland baldmöglichst in die

innigsten freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland

tritt. Wir wünschen das auch aus sehr naheliegenden wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Ich hoffe aber, daß man aus den anerkennenden Worten des Außenministers für die russischen Arbeitsmethoden nicht den Schluß ziehen wird, nun auch für Deutschland eine Arbeitszeitverlängerung zu fordern. In Rußland liegen die Dinge doch ganz anders als hier. Dort schuften die Arbeiter nicht im Interesse des Kapitals, sondern **im Interesse des Volkes.** (Lachen und Zurufe rechts: Gehen Sie doch nach Rußland!) Ich sehe auf jener Seite viele wohlbeleibte Herren, denen eine Erholungsreise nach Rußland vielleicht sehr gut bekommen würde. (Heiterkeit.) Hoffentlich ist der Minister in der Lage, seine gefunden Auffassungen über Rußland und Bela Khun durchzufechten unter seinen Kollegen und auch gegen die Widerstände in seinem eigenen Ressort. Ich glaube aber, daß der Totenvogel schon vor seinem Fenster kreist, und wenn er heute die deutschnationale Presse gelesen hat, dann wird er wissen, was ich meine. Dort ist seine Rede nämlich als Katastrophe bezeichnet worden. **Vielleicht unter dem Eindruck dieser Zensur und** unter dem Eindruck gewisser freundlicher kollegialer Auseinandersetzungen, die nach meiner Kenntnis heute im Kabinett stattgefunden haben, hat sich Herr Dr. Simons veranlaßt gesehen, heute einen mehr oder weniger geordneten Rückzug anzutreten. (Heiterkeit.) Wir hatten gleich den Eindruck, er sei ein weißer **Rabe in der schwarzen Schar seiner Kollegen.** (Zuruf rechts: Ein roter Rabe! — Heiterkeit.) Aber heute ist auf sein weißes Gefieder der Kohlenstaub des Militarismus gefallen. Selbst ein Mann, der scheinbar den Willen zur Objektivität und Wahrheit besitzt, darf es also nicht wagen, wider den Stachel des Militarismus zu löken. Sie können alles wagen, Herr Minister, **nur dürfen Sie nicht gegen den Militarismus vorgehen,** das bekommt Ihnen schlecht. (Sehr gut! links.) Der Minister würde besser davonkommen, wenn er dieselben nationalen Phrasen gebraucht hätte, wie Scheidemann, Fehrenbach, Köster und Müller. (Unruhe rechts.) Mit Herrn Simnes hat es der Minister gründ-

Armee Koltschaks durch Deutschland.

Bereits gestern meldeten wir, daß Truppenzüge von Magdeburg auf Halle zurollten. Das Rätsel dieser Transporte hat sich überraschend schnell aufgeklärt. Wie wir bereits in der gestrigen Ausgabe mitteilten, lief Dienstagmorgen beim hiesigen Parteisekretariat der USP. ein Telegramm des Reichsverkehrsministers ein, wonach verdächtige Transporte unter allen Umständen aufzuhalten seien. Zu gleicher Zeit wurde vom Betriebsrat des Güterbahnhofes gemeldet, daß wieder ein Truppentransport in Bahnhof Halle angelangt sei.

Im Laufe des Vormittags tagte nun im Eisenbahndirektionsgebäude der Bezirksbetriebsrat gemeinsam mit der Eisenbahndirektion, um über die nötigen Maßnahmen Beschluß zu fassen. Auf dem Güterbahnhof herrschte unter den Eisenbahnern die größte Erregung, und es bestand die Befürchtung, daß es zu Ausschreitungen kommen könne.

Unserer örtlichen Parteileitung gelang es nun, durch persönliche Verhandlungen festzustellen, daß die von der Regierung angekündigten tschecho-slowakischen Gefangenen durchaus keine Gefangenen, sondern reguläre Truppen sind. Es handelt sich um Teile jener berüchtigten Weißen Garden, die unter dem Befehl des Admirals Koltschak in Sibirien gegen die russische Sowjetregierung gekämpft haben. Es sind jene tschechischen Legionen, gebildet aus tschechischen Mannschaften des alten österreichischen Heeres, die im Jahre 1914/15 zu den Russen überliefen, dort bis zur russischen Revolution von 1917 mitkämpften, um sich dann aufgehetzt durch Sendboten und Versprechungen der Ententemächte unter dem Befehl Koltschaks zum Kampfe gegen das sozialistische Rußland mißbrauchen zu lassen. Diese Truppen sind nach der Vernichtung Koltschaks zuerst nach Wladiwostok am Stillen Ozean und von dort nach Japan gebracht worden, wo sie vollkommen neu eingekleidet und bewaffnet wurden. Sodann wurden sie über Amerika nach Cuxhaven gebracht, von wo sie jetzt durch Deutschland nach der Tschecho-Slowakei fahren, angeblich, um demobilisiert zu werden. In Cuxhaven wurden sie von den Vertretern der deutschen Reichsregierung empfangen, begrüßt und mit all ihren Mordwerkzeugen, Gewehren, Handgranaten und Munition weitergeleitet. In Harburg wurden die Züge von den Bahnarbeitern angehalten und die Entwaffnung vorgenommen. Auf allen Bahnhöfen hatten die Transportführer mit Schwierigkeiten zu kämpfen, da überall angenommen werden mußte, daß es sich hier um einen glatten Neutralitätsbruch handelte, und daß man die Leute, die jahrelang gegen die Sowjetrepublik gekämpft haben, auch jetzt wieder nach Polen als Handlanger und Kanonenfutter des Imperialismus verschieben würde.

Nachdem die Transportführer gestern auf dem Bahnhof darüber aufgeklärt waren, daß auf Grund des Telegramms des Reichsverkehrsministers alle verdächtigen Truppen- und Munitionszüge nicht weiterbefördert werden dürfen, und daß die Gesahr bestehe, daß Anschläge auf den Transport verübt werden könnten, äußerten sie selber den Wunsch, bis zur Klärung der ganzen Angelegenheit hier zu bleiben. Oberpräsident Hörsing hatte Herrn Stadtrat Dölz aus Halle beauftragt, für die ungehinderte Weiterführung des Transportes Sorge zu tragen. Dölz aber hegte bei der erregten Stimmung der Eisenbahner und der ganzen Bevölkerung selbst Befürchtungen, und so wurde vereinbart, daß die Züge nach Merseburg dirigiert werden sollten. Dort sollte ausgeladen werden und die Mannschaften im Gefangenenlager Unterkunft finden. Der Oberregierungsrat Bolte in Merseburg verbot aber in Vertretung des Regierungspräsidenten Gersdorff die Entladung und Internierung, da er die Verantwortung nicht über-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200728-12/fragment/page=0001

nehmen wollte, daß es zwischen den im Lager noch befindlichen sehr sowjetfreundlichen Russen und den Koltschakleuten etwa zu Auseinandersetzungen käme. Die Situation wurde für die Mannschaften immer bedrohlicher, da sich unterdessen auf dem Bahnhof Merseburg Tausende von Arbeitern des nahen Leunawerkes eingefunden hatten, die dem Transport über Merseburg hinaus verhindern wollten.

Nach mehrmaligen telegraphischen Anfragen lief vom Reichswehr- und Verkehrsministerium ein Telegramm ein, in dem ersucht wurde, die Transportzüge nach der Entwaffnung weiterleiten zu wollen. Die Transportzüge verließen in der Nacht Merseburg, aber es wird bereits gemeldet, daß auf ihrer Weiterfahrt ihnen überall dieselben Hindernisse begegnen wie in Halle.

Wir halten es für höchst unklug, daß die Regierung gerade in diesem Augenblick, in dem die gesamte Bevölkerung und in erster Linie die Eisenbahner in großer Erregung sind über den geplanten Neutralitätsbruch der Entente, die Transporte der ehemaligen Koltschakarmee durch Deutschland zugibt. Im Interesse des deutschen Vertrebslebens würde es doch wohl am klügsten sein, den Verdachtsgründen keinen weiteren Stoff zu geben, selbst wenn man glauben müßte, daß die tschechischen Legionäre die Nase voll haben und keinesfalls sich noch einmal blutige Köpfe zu Ehren der Entente und Polens holen wollen. Die Beziehungen der Tschecho-Slowakei zu Polen sind aber nicht durchsichtig und beständig genug, um sicher zu sein, daß man keine Fehlschlüsse zieht. Ehe nicht der Waffenstillstand zwischen Polen und Rußland geschlossen, kann man Verdachtsmomente nicht unbedingt ausscheiden.

Die deutsche Arbeiterschaft hat aber in den letzten Tagen glänzende Beweise für ihre Wachsamkeit erbracht. Aus dem tatkräftigen Eingreifen geht hervor, daß die Arbeiterklasse unter keinen Umständen zulassen wird, daß Sowjet-Rußland durch Verwässerung oder Bruch der deutschen Neutralität in Nachteil käme.

•

„Alte Vereinbarungen". WTB. meldet aus Berlin: Zur Frage des Durchtransportes von tschecho-slowakischen Truppenteilen durch Deutschland wird von zuständiger Stelle (also von der Regierung) ergänzend mitgeteilt, daß diese rechtmäßigen Transporte mit den augenblicklichen Verhältnissen in keiner Verbindung stehen und auf Grund alter Vereinbarungen durchgeführt werden. Voraussichtlich werden am 30. Juli und am 1. August in Curhaven neue Transporte eintreffen, die wieder auf demselben Wege weitergeleitet werden.

Die Frage des Alters der Vereinbarungen ist natürlich nicht entscheidend, sondern nur die Frage, ob diese Transporte nicht die deutsche Neutralität gefährden. Darüber müssen bindende und beruhigende Versicherungen abgegeben werden.

Dessau, 27. Juli. Seit heute nacht passieren in Zwischenräumen von einigen Stunden Truppentransportzüge angeblich mit tschecho-slowakischen Truppen Köthen in der Richtung nach Leipzig—Dresden. Die Köthener Bahnarbeiter, die glauben, daß es sich um Ententehilfstruppen für Polen handelt, beschlossen, **den Transport der weiter angekündigten Züge zu verhindern.**

Weitere Wachsamkeit nötig!

Wie wir gestern berichteten, meldete die Frankfurter Zeitung, daß die französischen Truppentransporte durch Deutschland zunächst als **„Ablösungsmannschaften für die französische Besatzung in Oberschlesien"** deklariert werden. Dazu wird heute aus Berlin gemeldet, daß die deutsche Regierung sofort Einspruch beim Obersten Rat in Paris erheben wird, wenn sich die Richtigkeit der Meldung bestätigt. Die deutsche Arbeiterklasse muß also auf der Wacht bleiben!

Brüderchen: wir wollen aufteilen!

In ihrem neuen Verbrechenplan um die Gunst der Bolschewisten gehen die „radikalen Deutschnationalen" so weit, ihnen die erneute Teilung Polens vorzuschlagen. So heißt es in einem Artikel der Deutschen Zeitung vom 25. Juli:

„Ein Volk, dessen hauptsächlichste Lebensäußerung in einer zügellosen Eroberungsgier und in einem geradezu fanatischen Haß gegen alles Deutsche besteht, kann nicht erwarten, daß wir ihm freundschaftliche Empfindungen entgegenbringen. Wir sind vielmehr der Ueberzeugung, daß der Friede an unserer Ostgrenze nicht anders hergestellt werden kann, als durch die Auflösung des lebensunfähigen und durch und durch faulen Staatsgebildes Polen zwischen Deutschland und Rußland. Wir verlangen die Rückkehr unserer geraubten Provinzen Westpreußen und Posen, weil sie durch und durch deutsch sind und nicht polnisch, was durch eine Abstimmung leicht festgestellt werden könnte, und deren Kultur rein deutsch ist."

Die Form dieses Angebotes würde zweifellos auf Vertreter imperialistischer Staatswesen den gewünschten Eindruck nicht verfehlen. Die Bolschewisten aber werden zweifellos davon nicht so tief gerührt werden, um gemeinsam mit den Deutschnationalen einen nationalbolschewistischen Feldzug gegen die Entente zu beginnen. Im übrigen ist es vom Standpunkte des internationalen Friedens ein Verbrechen sondergleichen, im gegenwärtigen Zeitpunkt die Aufteilung Polens zu verlangen. Nicht nur, daß es lächerlich wirken muß, wenn das Verlangen ausgerechnet in einem im Weltkriege so gründlich durch die Schuld seiner imperialistischen Kreise zerschmetterten Lande wie Deutschland erhoben wird: es zeigt zugleich auch die Revanchegelüste der nationalistischen Einpeitscher, die wohl niemals von ihrer Politik des Vabanque-Spielens zu heilen sind!

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Die Erklärung der Sowjetregierung, daß die Waffenstillstandsverhandlungen mit Polen am 30. Juli beginnen werden, wird bestätigt. Der Pariser Temps führt aus: Es sei sehr wahrscheinlich, daß Sowjet-Rußland die Waffenstillstandsverhandlungen, falls sie führen werde, daß in Polen selbst eine revolutionäre Bewegung entfacht werde. In diesem Falle werde die französische Regierung alle Gewalt anwenden, um die Polen gegen die Forderungen der Bolschewisten zu schützen.

Die Friedenskonferenz findet in London statt, da die Sowjetregierung die englische Einladung angenommen hat. Entente-Vertreter werden der Konferenz beiwohnen, eine eventl. Zulassung Deutschlands wird erwogen.

Litauen und Rußland.

Aus Warschau behaupten polnische Meldungen: Die litauische Regierung habe an die Sowjetregierung ein Ultimatum gerichtet, in welchem die sofortige Räumung des litauischen Gebietes durch die Roten Truppen verlangt werde.

(Schluß des Reichstagsberichts von der ersten Seite.)

lich verdorben, und ein Stinnes ist ein sehr mächtiger Mann. In dem Weißbuche sind gerade die Stellen aus der Stinnesrede ausgelassen worden, die am wichtigsten waren, in denen Herr Stinnes **die Entente mit voller Absicht provozierte** und mit denen er die Stimmung der Franzosen und Engländer in der Kohlenfrage beträchtlich gegen uns verschlechtert hat. Stinnes trägt die Hauptverantwortung für die schmachvolle Deportation der Belgier, für **die Zerstörung der belgischen Werke, für die ganze Annexionskampagne der Schwerindustrie.** Das hat man drüben vergessen, **weil man hoffte, jetzt mit Herrn Stinnes gute Geschäfte zu machen.** Ich möchte gern von Herrn Stinnes wissen, was er vor Spa in Wiesbaden mit Vertretern der Entente verhandelt hat. Er hat dort nicht mit Unrecht verbreitet, daß **er der mächtigste Mann Deutschlands sei.** Das scheint richtig. Ich möchte gern erfahren, was er in Brüssel mit Herrn Millerand verhandelt hat. Ist es richtig, daß er dort über **eine Versängerung der Arbeitszeit der Bergarbeiter** sich mit dem französischen Minister verständigt hat und daß verzeihdurt wurde, die Ruhrbergmänner mit Lebensmitteln zu versorgen, vorausgesetzt, daß Herr Stinnes das Monopol für die Lieferung erhielt? (Hört hört! b. d. US. — Lärm rechts.) Darf man weiter fragen, ob es nicht Herrn Stinnes im Grunde gleichgültig war, ob die Franzosen das Ruhrgebiet besetzten oder nicht? Ich glaube, Herr Stinnes hätte sich mit dem im Ruhrgebiet kommandierenden französischen General viel besser einigen können. (Stürmische Zurufe b. d. Deutschen Volkspartei. — Abg. Dr. Kohl: Verleumdung!) Ich halte meine Frage aufrecht. Jetzt werden die Bergarbeiter umschmeichelt und ihr Patriotismus gelobt. Man verspricht ihnen bessere Nahrung. Schlimm genug, daß man erst jetzt diese notwendigen Forderungen erfüllt! Wir verlangen

die Sozialisierung des Kohlenbergbaues

und unterstützen praktisch die Forderung des rechtssozialistischen Redners, nur wundern wir uns, daß die Rechtssozialisten nichts zur Durchsetzung dieser Forderungen getan haben, als sie an der Macht waren. (Zurufe b. d. Soz.: Wann waren wir denn an der Macht?) Sie sollten wirklich so bescheiden sein. Sie haben die große Zukunft schon hinter sich. Wir glauben, daß mit der Sozialisierung auch die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter gesteigert wird, wenn diese wissen, daß sie ihre Mehrarbeit nicht mehr für den Profit der Stinnes-Löhnen und Kirdorff leisten. **Sozialismus ist die vernünftige Organisierung der Volkswirtschaft und die Ausschaltung des Unternehmerprofits.** Der Sozialismus wird letzten Endes auch den Vertrag von Versailles revidieren und bis dahin seine Durchführung erleichtern. Darin fällt unsere innere Politik zusammen mit der äußeren und darum können wir euch in diesem Augenblicke nicht der Regierung unser volles Vertrauen aussprechen. Das Ergebnis von Spa will ich nicht rühmen und nicht verdammen. Die ganze Art und Weise, wie man dort unsere Forderungen durchsetzen wollte, kann nicht unsere Zustimmung finden. Wir können deshalb einem etwa beabsichtigten Vertrauensvotum nicht zustimmen. Wir wissen ja nicht einmal, ob die Regierung alles tun wird, um das Mißtrauen der Entente gegen die deutsche Politik abzuschwächen. Nach der heutigen Erklärung des Ministers Stinnes werden wir morgen in den Pariser Zeitungen lesen: Seht! Selbst dieser vernünftig erscheinende Mann ist genötigt, sich unter das Joch der Militaristen zu beugen. **Nur der Sozialismus führt zum Frieden.** (Lebhafter Beifall b. d. US.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) spricht sich zustimmend zu den Erklärungen des Ministers aus.

Abg. Dr. Hoetzsch (Dn.) meint, die Ergebnisse von Spa seien für seine Partei keine Enttäuschung gewesen, wohl aber die gestrige Rede des Reichsaußenministers, der auch der Kleinste Funken nationalen Empfindens gefehlt habe. Daß man uns im Auslande nicht mehr ganz ernst nehme, nachdem wir erst die Forderungen als unmöglich bezeichnet und nachher doch angenommen hätten, sei klar. Die einzigen, die stark geblieben seien, waren die Herren Stinnes und Hue, im übrigen entsprach die Delegation den Forderungen unserer nationalen Würde nicht. An die tatsächliche Erfüllbarkeit der Entwaffnungsvorschriften glaube er nicht. In der Kohlenfrage sei Unmögliches zugesichert worden, man müsse hier ein großes Fragezeichen machen. Seine Partei lehne die Billigung dieses Verhaltens ab und fordere die Revision des Vertrages von Versailles.

Reichskanzler Fehrenbach:

Die Rede des Abgeordneten Hoetzsch war so aufgebaut, als sei sie am 27. Juli 1914 gehalten worden, nicht jetzt, wo die Tage von Versailles und Spa da waren. Wir hätten wohl auf unserm Kopfbestehen bleiben bleiben sollen? Das Parlament könne dem Minister nur dankbar sein, daß er frei und offen alle Fragen der auswärtigen Politik besprochen und dabei bewiesen habe, daß nichts verheimlicht werden soll. Diese Art würde allmählich im deutschen Volke mehr Verständnis finden und auch im Auslande nicht unbeachtet bleiben. Wenn Vorredner uns Vorwürfe macht, wir hätten die nationale Würde und Festigkeit verletzt, so habe er sich die Sache sehr leicht gemacht. Die Entente habe ausdrücklich erklärt, es käme gar nicht darauf an, ob wir in der Besatzungsfrage unterschreiben wollten oder nicht. Was hätten wir erreicht, wenn wir so geblieben wären und die Franzosen ins Ruhrgebiet marschierten und die gesamte deutsche Industrie lahmlegten. Schließlich wären die Arbeiter den Lockungen der Entente nachgefolgt, und es wäre Süddeutschland auf Kosten Norddeutschlands mit Polen bevorzugt worden und damit der Zwiespalt großgezogen, den die Franzosen so gern wollten. Die Delegation sieht dem Urteil des Hauses gern entgegen. Wir sind gern bereit, den Vorredner und einen seiner Freunde nach Genf zu schicken, vielleicht wird ihm dann selbst zum Bewußtsein kommen, daß sie einem geschlagenen Volk angehören und statt zu befehlen, verhandeln müssen. Unsere Kritik werden sie sich dann freilich auch gefallen lassen müssen. (Beifall.)

Nach Genehmigung einiger kleiner Vorlagen vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. Schluß 7½ Uhr.

•

Wie das Vertrauensvotum aussieht!

In parlamentarisch regierten Staaten muß die Regierung nach großen Staatsaktionen ein Vertrauensvotum der Volksvertretung erhalten, sonst muß sie zurücktreten. In der glorreichen deutschen Republik kann ein solches Vertrauensvotum aber nicht direkt ausgesprochen werden, sondern muß maskiert werden. Warum? Weil die Regierung keine Mehrheitsregierung ist, sondern sich nur halten kann, wenn die Rechtssozialisten, die selbst in der Regierung nicht sitzen, mitmachen. So muß die Abfassung des Vertrauensvotums so sein, daß es farblos stilisiert und damit für die Rechtssozialisten annehmbar ist. Nun wird gemeldet:

Berlin, 28. Juli. Laut Preßberichten haben die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: **Der Reichstag würdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachungen von Spa unterzeichnet hat und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterschied, daß sie, was in ihren Kräften steht, rückhaltlos tun, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.**

Dies „Vertrauensvotum" ist so mager und nichtssagend wie die ganze deutsche Regierungspolitik.

•

Zur Räteorganisationsfrage.

Aus Berlin wird uns gemeldet:

In Berlin ist es zu einer Einigung in der Rätefrage gekommen. Die Freiheit veröffentlicht in ihrer heutigen Morgenausgabe folgende Resolution von der Zentrale der Betriebsräte:

„Die Zentrale der Betriebsräte nahm in ihrer Sitzung vom 27. Juli Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen der Gewerkschaftskommission und der Zentrale der Betriebsräte. Sie begrüßt diese Einigung und erwartet von der zu bildenden provisorischen Zentrale die sofortige Zusammenfassung der Betriebsräte und den Aufbau der Organisation nach den vereinbarten Linien. Auch die Betriebsräte der Afa werden ersucht, für eine geschlossene Front der Hand- und Kopfarbeiter einzutreten, wenn sie sich an dem Wiederaufbau der Organisation nach den vereinbarten Richtlinien beteiligen.

Des weiteren hält die Zentrale der Betriebsräte die Vorbereitung einer Aktion für Abwehr der Unternehmersabotage dringend geboten. Die Aktion wird um so wirkungsvoller, wenn die Arbeiterschaft nicht lange durch Differenzen über die Zusammenfassung der Betriebsräte in ihrer Aktionsfähigkeit gelähmt wird und schleunigst eine Reichskonferenz der Betriebsräte zusammentreten läßt."

Der allerneueste Schwindel.

Die Magdeburger Zeitung veröffentlicht einen neuen Schwindelbericht über eine angeblich mit Führern der US. und Sowjet-Rußland getroffene Vereinbarung, die in Memel am 17. Juli zwischen dem Abgesandten der Sowjetregierung Joffe, dem Vorsitzenden der USP. Hilferding und dem Kommunisten Paul Levi abgeschlossen sein soll. Es soll darin u. a. heißen:

„Nach Ueberschreiten der Grenze durch die Sowjettruppen wird sofort die bolschewistische Republik ausgerufen, zuerst in Königsberg, Tilsit, Danzig, Breslau und anderen Orten im Westen und Süden Deutschlands. Diese Staaten und das dazwischen liegende Gebiet dienen als Operationsbasis und Aufmarschgelände der sich sammelnden deutschen Roten Armee, die unter russisches Kommando gestellt wird. Oberkommandierender ist General Jantschew. In diesem Gebiete treten sofort folgende Maßnahmen in Wirksamkeit:

1. Verwaltung und Polizei: Es werden alle Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten und Landräte, die nicht Mehrheitssozialisten sind, ihres Amtes entsetzt. Mehrheitssozialistische Beamte vorstehend aufgeführter Kategorien erhalten je einen Kommunisten und Unabhängigen als Beirat.

2. Justiz. Die Revolutionstribunale treten als Volksgerichte sofort in Wirksamkeit. Abgeurteilt werden zunächst politische Verbrechen. Die Richter sind sofort auf die Sowjetregierung zu vereidigen.

3. Kommunalbehörden. In den Städten sind sofort Bürgerversammlungen einzusetzen. Die Magistrate werden sofort durch Kommissionen der in den Orten bestehenden kommunistischen und unabhängigen Truppen überwacht werden.

4. Wirtschaftliches. Sämtliche Industriebetriebe gehen sofort ohne Gewalt in den Besitz des Staates über. Bäckereien, Fleischereien und Konsumvereine werden Staatsbetriebe. Lebensmittel jeder Art gelten als beschlagnahmt für Zivil und Militär.

5. Oeffentliche Sicherheit. Den Sicherheitsdienst übernehmen die politisch kommunistisch organisierten Truppen, die aus Leuten der deutschen Bataillone der Roten Armee bestehen, die bereits in Rußland bei der Roten Armee gekämpft haben.

Die russische Armee schützt das Proletariat vor Ausbeutung durch das Unternehmertum und sammelt um sich alle freiheitlich gesinnten Arbeiter, die zwangsweise zu Arbeiterbataillonen zusammengestellt werden. Sie sorgt für Ruhe und Ordnung und schützt das Eigentum des Proletariats. Sie schützt die Wahlkommission des Staates und der Gemeinden. Mit Waffengewalt rottet sie alles vor sich aus, was sich dem Proletariat entgegenstellt."

Und so weiter! Die Magdeb. Ztg. erwidert: Diese Nachrichten sind uns von unbedingt zuverlässiger Seite zugegangen und wir erklären von vornherein, daß keine Ableugnung der zuständigen Stellen die Richtigkeit dieser Mitteilungen erschüttern.

Großartig! So hat man das Rezept entdeckt, jede Lüge zur Wahrheit zu machen. Aber das Magdeburger großkapitalistische Blatt wird schon erlauben müssen, daß ihr Schwindel als Schwindel bezeichnet wird. Beweise kann das Blatt nicht erbringen, weil über Nichtstattgefundenes eben keine Beweise zu erbringen sind.

Wenn auch nur ein Tausendstel von dem wahr wäre, was die kapitalistische Presse in den letzten Monaten an „Umsturzplänen" „enthüllt" worden ist, so wäre die menschliche Gesellschaft schon „kommunistisch" oder ausgerottet — oder wir wären alle schon Engel oder Teufel, ganz wie man will. Durch „genaue Angaben" hat man diesmal den Schwindel „glaubwürdiger" aufgeputzt, aber wenn der Schwindel zu hanebüchen wird, lacht man darüber. Ha, ha, ha!

Das Kommunalisierungsgesetz — hat noch gute Wege!

Aus dem Reichstage wird gemeldet:

Auf die vom Abg. Heimann gestellte Anfrage über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben hat die Regierung geantwortet: Der Gesetzentwurf betreffend Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben liegt zurzeit dem Reichsrat vor, von dem er noch nicht verabschiedet ist. Auch soll der Abschluß der Verhandlungen des Sozialisierungs-Ausschusses abgewartet werden, der sich gegenwärtig mit dem Entwurf beschäftigt und bereits beachtliche Abänderungsvorschläge gemacht habe. Mit der Vorlage des Gesetzentwurfes an den Reichstag wird also noch nicht sobald gerechnet werden können. Inzwischen kommen die Kommunen immer tiefer in finanzielle Not hinein, während die für die Kommunalisierung reifen Gewerbe (man denke nur an Apotheken, Kinos usw.) glänzende Geschäfte machen.

Die Eisenbahner zur Lage.

Berlin, 27. Juli. Der in Berlin versammelte erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Der Deutsche Eisenbahnerverband bekundet den ehrlichen Willen, am Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens nach Kräften mitzuwirken. Er hält aber das Ergebnis der Verhandlungen in Spa für wenig geeignet, die Wiederaufbaubestrebungen zu fördern. Der Deutsche Eisenbahnerverband wird in voller Solidarität mit den Bergarbeitern und Transportarbeitern bestrebt sein, die in Spa unter äußerstem Druck von den deutschen Unterhändlern eingegangenen Verpflichtungen nach Möglichkeit zu erfüllen. Die Erfüllung der Verpflichtungen ist jedoch nur möglich bei verständnisvollem Entgegenkommen der Ententegegenungen, während jede Gewaltmaßnahme das Gegenteil bewirken würde. Im Interesse des Wiederaufbaues des europäischen Wirtschaftslebens liegen auch nicht die Loslösungsbestrebungen, die in gewissen kapitalistischen Kreisen propagiert werden. Deshalb würde der Deutsche Eisenbahnerverband im gegebenen Falle seine ganze organisatorische Macht solchen Bestrebungen entgegensetzen.

Kommunistische Abgeordnete werden der Justiz ausgeliefert!

Einer Münchener Meldung zufolge wurde im Geschäftsordnungs-Ausschuß des bayerischen Landtages die Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Eisenberger wegen angeblichen Hochverrats genehmigt. — Die bürgerlichen Abgeordneten treten — wie im Falle Liebknecht — die Abgeordneten-Immunität mit Füßen, damit nur ja die Feinde des kapitalistischen Profits und Wuchers recht schnell ins Zuchthaus kommen. Sie vergessen nur, daß keine Zuchthausmauer den kommunistischen Gedanken ersticken kann! Er lebt — und wirkt um so kräftiger, je mehr man die Führer verfolgt und ächtet.

Wirkungen der deutschen Universitätsreaktion im Auslande.

In dem neuen Stinnes-Organ, in der Deutschen Allgemeinen Zeitung, veröffentlicht Dr. Otto Graustoff Eindrücke aus Paris, die seine ersten französischen Besuche nach Beendigung des Weltkrieges in ihm hinterließen. Ein französischer Universitätsprofessor kam in einer Unterredung mit ihm auf die nützen reaktionären, nationalistischen Ausschreitungen, die an den deutschen Universitäten Mode geworden sind, zu sprechen und sagte:

„Wie können wir Vertrauen in Deutschland setzen, solange wir wissen, daß die deutschen Akademien und die hauptsächlichsten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192007 28-12/fragment/page=0002

Lehrstühle der Universitäten mit reaktionären Elementen besetzt sind? Daß diese Herren nach der Niederlage nicht von selbst zurückgetreten sind, begreifen wir nicht. Darin sehen wir ein Zeichen, daß die Reaktion in Deutschland noch immer Hoffnungen nährt. Daß aber die Regierung des neuen Deutschlands die Reaktion nicht aus den Universitäten verbannt, machen wir ihr zum Vorwurf, berechtigt uns zum Mißtrauen. Warum helfen Sie uns, die wir die Verständigung wollen, die wir nach Möglichkeiten der Wiederanlehnung suchen, nicht in diesem Sinne ein ganz klein wenig? Da Sie das in Deutschland nicht tun, so müssen wir annehmen, die Regierung ist zu schwach, sie vermag gegen die Reaktion nicht aufzutreten. Wenn aber neues Vertrauen zwischen dem geistigen Frankreich und dem geistigen Deutschland geschaffen werden soll, so müssen wir die Gewähr haben, daß die deutsche Jugend in einem neuen Geist erzogen wird. Diese Gewähr bieten uns bis heute die deutschen Universitäten nicht. Wenigstens müssen die Fahnenträger des Alldeutschtums an den Universitäten durch Männer ersetzt werden, die auf das Vertrauen des Auslandes rechnen können. Sie dürfen versichert sein, daß sich dann vieles zwischen Deutschland und Frankreich ändern wird. Auch wir erreichen dann in unserem Lande eine ganz andere Kraft. Ihre Regierung ist zu schwach, zu zart besaitet, zu unpolitisch, zu wenig radikal. Dummheit und Unverstand sind nicht strafbar. Ihre Duldung dagegen ist ein Verbrechen, weil sie, wie gezeigt, die Beziehungen zwischen großer Kulturvölkern vernichten können und ihre Aussöhnung hindern. Dieses Verbrechens macht sich die deutsche Regierung schuldig, indem sie nach wie vor den Radauszenen und Ausschreitungen schwarz-weißroter Universitätsgassenjungen untätig zusieht.

Studenten-Anmaßung.

Aus Göttingen wird gemeldet:

An der Schlußsitzung des zweiten Studententages wurde Professor Nicolai die „Würdigkeit" abgesprochen, weiterhin in deutschen Hochschulen Vorlesungen zu halten. — In der Frage der Ausländer an den Universitäten wurde beschlossen, die skandinavischen Länder und die Niederlande besonders zu berücksichtigen, dagegen für die Studenten aus dem Osten, besonders Sowjetrußlands grundsätzlich die deutschen Hochschulen zu sperren.

Die deutschnationalen Herrchen werden immer dreister. Sie beweisen durch ihre Beschlüsse, daß sie das „Teutschtum" des vorrevolutionären Kaiserreichs glorreich fortsetzen. Das deutsche Volk wird sich die Diskreditierung der deutschen Wissenschaft und Bildung durch diese deutschnationalen Herrchen gelegentlich mal ergisch verbitten müssen.

Gegen die Bergarbeiter-Union.

Auch die KPD. wendet sich in letzter Zeit erfreulicherweise immer schärfer gegen die Versuche syndikalistischer Prägung, die freien Gewerkschaften durch Unionen aller Art zu zerschmettern. Nach einem Bericht des kommunistischen Kämpfers (Chemnitz wurde auf der am 17. und 18. Juli in Chemnitz tagenden Konferenz der KPD. (Spartakusbund) für das Vogtland und Erzgebirge von einer Anzahl Redner erklärt, die Gründung der Bergarbeiter-Union sei eine große Dummheit gewesen. Der Referent zur Gewerkschaftsfrage, Sierat, lehnte jede Unterstützung der KPD. an die Unionen ab. Heckert meinte dagegen, nur der Weg, den die Unionen gegangen, sei ein falscher; statt eine Einheitsorganisation habe man zu den bestehenden vier Bergarbeiterverbänden noch eine fünfte hinzubekommen.

Ein Antrag, der eine Unterstützung der Unionen durch die KPD. forderte, wurde von der Konferenz mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der Vorwärts und nach ihm die rechtssozialistische Provinzpresse geben natürlich an diese Entscheidung der Chemnitzer KPD.-Konferenz einige hämische Bemerkungen gegen die USPD., die bisher den Unionen den aussichtslosen Kampf gegen die freien Gewerkschaften aufgenommen habe. Daß gerade die USP. vom Anbeginn gegen die Unionen Stellung genommen und mit aller Entschiedenheit den Gedanken vertreten hat, die Durchdringung der Arbeiterschaft mit gemeinschaftlichen rechtssozialistischen Führung und stimpelten freien Gewerkschaften mit revolutionärem Geiste durch intensive Arbeit in den Gewerkschaften selbst zu erzielen, brauchen die rechtssozialistischen Redakteure nicht zu wissen oder haben sie wohl vergessen. Sie würden sonst um ein hübsches Agitationsmaterial gegen die USPD. ärmer sein!

Notizen.

Deutschland und der Völkerbund. London, 27. Juli. Im Unterhause erklärte Lloyd George betreffend den Zeitpunkt des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, wenn Deutschland deutlich zeige, daß es sein bestes tun wolle, die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entwaffnung und die Kohlenlieferungen auszuführen, zweifele er nicht, daß eine Einladung zum Eintritt zum Völkerbund in kürzester Frist erfolgen werde.

Der französische Gesandte in München bleibt! Der Temps schreibt: Das französische Kabinett hat in seiner Sonntag-Sitzung den Einspruch Deutschlands gegen die Ernennung des französischen Gesandten in München zurückgewiesen. Es bleibt also bei der französischen diplomatischen Vertretung in München, die allgemach Süddeutschland von Preußen isolieren soll.

Die Komödie mit Dorten. Nach einer Havas-Meldung aus Köln sollen die alliierten Vertreter die Auslieferung derjenigen Personen verlangt haben, die Dr. Dorten aus dem besetzten Gebiet entführt haben.

Die Ausweisung aller Deutschen aus den früheren deutschen Kolonien Ostafrika, Kamerun und Togo und die Liquidierung des deutschen Eigentums hat die englische Regierung mitgeteilt. Dazu schreibt die D. Allgem. Ztg.: Trotz der formalen Rechtsgrundlage des Friedensvertrages wird dies Vorgehen vom ganzen deutschen Volk als bitteres Unrecht empfunden. Die eingehende Begründung, mit die Maßnahmen im Interesse der Eingeborenen getroffen seien, erklärt das Blatt nicht für stichhaltig. Deutschland bleibe eine andere Waffe als die feierliche Verwahrung.

Gewrelle Bergarbeiter. London, 27. Juli. Die Regierung hat die Forderungen der Bergarbeiter auf Lohnerhöhung von zwei Schilling pro Woche und Herabsetzung des Preises für Hausbrand um 14 Schilling pro Tonne abgelehnt.

Aus der Partei.

„Ruhrflüchtlinge" als Sipo-Spitzel.

Vom Bremer Parteibureau wird gemeldet: Am 10. Juli erschien auf dem USP.-Parteibureau zwei „Ruhrflüchtlinge", ein Sohn und ein Kommunist. Der US. hatte das Mitgliedsbuch, auf dem Namen Peter Ehrhard lautend, tadellos in Schuß und Kriegsverletzungen insbesondere vom Hamburger Parteisekretariat. Was in der Zeitung gelesene Sprüchlein von der Hamburger „Roten Fahne" kannte er auswendig mit allen Einzelheiten und noch mehr hinzugedichtetem. Auch im Sekretariat der KPD. erschienen die beiden, um Unterstützung bettelnd. Bei ihrem Weggang wurden sie unauffällig von einem Genossen verfolgt. Ihr Weg ging Bahnhofstraße 146, zum Spitelbureau der Bremer Sicherheitspolizei! — Aus Delmenhorst wurde zwei Tage später gemeldet, daß dieselben Burschen auch dort bei dem Vorsitzenden der USP. um Unterstützung gefochten hatten. Vor diesen „Ruhrflüchtlingen" seien die Parteigenossen gewarnt!

Aus der Provinz.

Eine Entscheidung über die Teuerungszulagen der Landarbeiter.

Das landwirtschaftliche Tarifamt Sachsen-Anhalt macht über die jetzt abgeschlossenen Verhandlungen in Halle folgende Mitteilungen, die wir unverändert wiedergeben, ohne uns deren Fassung zu eigen zu machen. Der Leser wird schon merken, wessen Interessen das Tarifamt trotz des Deckmantels der Objektivität in Wirklichkeit wahrnimmt.

„Die Verhandlungen von dem landwirtschaftlichen Tarifamt Sachsen-Anhalt über **Teuerungszulagen für die Landarbeiter** sind am vergangenen Sonnabend in Halle durch Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsministerium entsandten Reichskommissars beendet worden. Es sind während der Erntewochen 10 Prozent (!) auf alle baren Zeitlöhne einschließlich der bisher schon bewilligten Teuerungszulagen als Wirtschaftsbeihilfe zu zahlen, jedoch nicht im Regierungsbezirk Erfurt und nicht in den Kreisen Edarisberga, Torgau, Liebenwerda, Wittenberg und Schweinitz. Dazu ist zu bemerken, daß für den ganzen Bezirk des Tarifamtes Teuerungszulagen auf die diesjährigen Ernte schon durch Beschluß des Tarifamtes vom 5. Juni gezahlt werden müssen, und zwar im Bezirk Magdeburg mit Wirkung ab 1. Juni (in der Altmark und den beiden Jerichower Kreisen ab 1. Juli), im Bezirk Merseburg und in Anhalt seit 5. Juni, im Bezirk Erfurt seit 1. Juli. Die Arbeitgeber hatten wesentliche Teile dieser Teuerungszulagen in jener Sitzung am 5. Juni nur unter der Annahme eines bestimmten Getreidegrundpreises zugestanden. Obwohl dieser nun durch die tatsächliche Preisfestsetzung seitens der Regierung nicht erreicht worden ist, erklärten die Arbeitgeber gleichwohl, im Interesse des wirtschaftlichen Friedens die Teuerungszulagen nach den Beschlüssen vom 5. Juni voll zahlen zu wollen. Die Arbeitnehmer hatten von vornherein den Standpunkt eingenommen, daß sie diese Teuerungszulagen in jedem Falle haben müßten und forderten neuerdings noch eine Erhöhung derselben. **Dem glaubten die Arbeitgeber im Hinblick auf die gebundenen Höchstpreise nicht entsprechen zu können.** Da eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen war, gab der Reichskommissar den oben erwähnten Schiedsspruch ab. **Damit sind die Verhandlungen der Tarifinstanzen beendet** und es ist zu hoffen, daß die Produktion zum Wohle des Volkes keinen Störungen ausgesetzt sein wird."

Der letzte Satz ist als übliche Phrase des Unternehmertums besonders bezeichnend. Zu vermuthen wäre es jedenfalls nicht, wenn die Empörung der Landarbeiter zum Streik führen würde. Nur die Einsicht, wie notwendig die Sicherung der Ernte ist, vermag die Landarbeiter davon abzuhalten, den Agrariern ihre wirtschaftliche Kraft und Kampfentschlossenheit zu zeigen. Aber schon kommen Nachrichten aus Quedlinburg, daß dort die Landarbeiter und Gärtner bereits am Montag in den Ausstand getreten sind. Eigentlich überflüssig hinzuzufügen, daß die bürgerliche Presse gleich wieder einen „wilden" Streik meldet. Die Landarbeiter lassen sich ihr Urteil nicht durch die Verleumdungen der bürgerlichen Preßkorsaren trüben, sondern entscheiden selbst, was sie zu tun haben.

Der Schiedsspruch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Die Meldung des WTB. über das Ergebnis der vor dem Schiedsgericht der Bergleute des mitteldeutschen Bergarbeiterverbandes geführten Verhandlungen haben wir gestern, Dienstag, mitgeteilt. Heute lassen wir noch den genauen Wortlaut des Schiedsspruches folgen:

1. Auf die Schichtlohnsätze der Lohntafel des Tarifvertrags vom 17. April 1920 wird eine Zulage von 3 Mark je Schicht gewährt. Für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter beträgt die Zulage 1,80 Mk. je Schicht.

2. Für die Gedingsarbeiter werden die Mindestlohnsätze zuzüglich der gemäß § 6 Absatz 3 des Tarifvertrags zugesicherten Gedingezulagen um den gleichen Betrag erhöht. Soweit der tatsächlich verdiente Gedingelohn diesen Satz übersteigt, tritt keine Lohnerhöhung ein.

3. Das Kindergeld wird um 1 Mk. erhöht. Das Hausstandsgeld wird für die männlichen Arbeiter um 1 Mk., für die weiblichen um 50 Prozent erhöht.

4. Die gemäß Ziffer 1 bis 3 zu gewährenden Zulagen treten ab 1. Juni in Kraft. Die Auszahlung für die zurückliegende Zeit soll bis zum 6. August 1920 erfolgt sein.

5. Arbeitsniederlegungen, die seit Kündigung der Lohntafel im Zusammenhang mit der Lohnbewegung stattgefunden haben, gelten nicht als Unterbrechung der Arbeit.

6. Mit diesem Schiedsspruch tritt die am 3. Juli 1920 getroffene Versicherung außer Kraft.

Außerdem wurden folgende Anmerkungen zum vorstehenden Schiedsspruch zu Protokoll genommen:

Zu 1. Der Schlichtungsausschuß hat sich bei seinem Schiedsspruch von der Absicht leiten lassen, daß dadurch keine Erhöhung des Kohlenpreises herbeigeführt werden soll.

Zu 2. Der Schlichtungsausschuß ist nach den Ausführungen der Vertreter beider Parteien der Auffassung, daß aus Anlaß dieser Abmachungen Kürzungen der Gedingesätze keinesfalls vorgenommen werden sollen.

Bitterfeld. Eine vom Zentralverband der proletarischen Freidenker, Ortsgruppe Bitterfeld, einberufene öffentliche Volksversammlung wurde am 24. Juli im Saale des Bürgergartens veranstaltet. Der Apotheker Genosse Maier (Leipzig) redete über Christentum oder proletarisches Freidenkertum. Nachdem er das alte und neue Testament gestreift, die Entstehung, Unzulänglichkeiten und Widersprüche des Christentums gekennzeichnet hatte, machte er Ausführungen über die Ziele der proletarischen Freidenker. Seine sachlichen, streng wissenschaftlichen, jedem aus dem Herzen gesprochenen Darlegungen, trugen dem Referenten reichen Beifall ein. In der Diskussion versuchte Prediger Schneider von der Baptistengemeinde für das Christentum zu retten, was nicht mehr zu retten war. Alle anderen Diener der Kirche hatten es trotz Einladung vorgezogen, nicht zu erscheinen. Ob die Geschwätzigkeiten und Geschworenen merken, daß ihre Sache verloren ist? Nach dem Schlußwort des Redners wies der erste Vorsitzende der Ortsgruppe, Genosse Taube, noch auf die am Freitag nach dem 5. eines jeden Monats stattfindenden Mitgliederversammlungen und Vortragsabende hin; er forderte die Genossinnen und Genossen, die innerlich bisher nicht mit der Kirche brechen konnten, auf, die Versammlungen zu besuchen, um auch auf religiösem Gebiet sich von allen Vorurteilen freizumachen.

Sandersdorf. Der Hauswirtsübermut eines reaktionären Kriegervereinlers wurde durch eine Verhandlung vor der Strafkammer in Halle grell beleuchtet. Bei der katastrophalen Wohnungsnot in Sandersdorf ist es schwer, auch nur der einheimischen Bevölkerung, viel weniger den vielen wegen Broterwerbs aus den Großstädten Zuziehenden selbst bei den bescheidensten Ansprüchen gerecht zu werden. Der Sattler Hampe von hier hat für diese Kalamität jedoch kein Verständnis und glaubt Mieter ins Haus nehmen zu können, wie sie ihm als Kriegervereinler passen. Er jetzt sich über die Vertreter der Mietkommission hinweg, wies jeden ihm zugeteilten Mieter ab, beschimpfte alle als unordentliche Menschen und war empört darüber, daß man ihm eine Witwe mit zwei kleinen Kindern „aufdrängen" wollte. An deren Statt nahm er sich einen ihm genehmen Mieter ins Haus. Vom Schöffengericht Bitterfeld zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, legte er beim Landgericht Halle Berufung ein und bezeichnete unseren Genossen, den ersten Schöffen und Vertreter der Mietkommission als „Mann der Revolution". Darauf erkannte die Strafkammer in Halle auf eine Geldstrafe von 50 Mark oder 5 Tage Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten. Hoffentlich wird die Strafe auf den temperamentvollen alten Herrn Hampe erzieherisch wirken.

Wittenberg. Aus dem Stadtparlament. Eine „parlamentarische Woche" (mit der Einführung des Stadtrats Wurm, Halle, als Bürgermeister, einer öffentlichen Sitzung, vier Vorträgen der Bewerber um den Stadthauptmannsposten sowie einigen Kommissionssitzungen) haben unsere Stadtväter hinter sich. Die Woche begann vielversprechend mit der feierlichen Einführung des neuen Ersten Bürgermeisters Wurm, über die wir bereits ausführlich berichtet haben. Die letzte Stadtverordnetensitzung wies nur wenige Vorlagen von größerer Bedeutung auf. Man tritt sich zwar über die Entfernung des Restbestandes der an der Lindenstraße stehenden alten Linden, von denen der Sturm schon zwei oder drei umgeblasen hat, die einige Bürger aber als Naturdenkmäler erhalten wissen wollten. Die Sache drohte sogar zu einem kleinen Konflikt zwischen dem Vorsitzenden der Promenadenkommission und dem der Baukommission auszuarten. Schließlich wurde doch beschlossen, alle Bäume zu fällen bis auf einige vor dem Landratsamt. Bewilligt werden für Reinigung des Rathauses ein weiterer Zuschuß von 900 Mk., zur Linderung der Not in Mansfeld 300 Mk., für die Lichtanlage im Rathause (Nachforderung) 2 748,48 Mk., für Ausstattung des Wohnungsamtes 1600 Mk., für den Fischbehälter vor dem Rathause 450 Mk. Einer Erhöhung der Gebühren für die Benutzung der Plakatsäulen wird trotz des Protestes des Genossen Ziegler zugestimmt. Gelegentlich der 40jährigen Gedenkfeier der Verbrennung des Bonifatius sollen wieder einmal Kirche und die Reformation in voller Gloria erstrahlen; zur Vorbereitung wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt. Für die Instandsetzung der noch vorhandenen Brunnen wurden 1000 Mk. bewilligt, bei welcher Gelegenheit die Genossen Miething, Schmieder und Nikkas rügten, daß man in der Dresdener Straße zeitweise Abwässer und Dung auf die Straße laufen läßt. Der Tarifvertrag mit den städtischen Angestellten ist revidiert worden. Genosse Schmieder bedauerte, daß man den Angestellten nicht dasselbe Entgegenkommen wie den Beamten bewiesen hat. Die Erhöhungen betragen insgesamt 70 000 Mk. Die Ohsinnungen haben 28 127,30 Mk. eingeben. Stadtrat Esseiber erklärte auf eine Anfrage Miething, daß die Gerüchte, wonach es bei den Verpachtungen nicht einwandfrei zugegangen sein soll, falsch wären. Zum Schluß führte die Verpachtung der zur Kummermannstiftung gehörigen Ackerparzellen zu einer lebhaften Debatte, weil mehrere Parzellen schon vorher verpachtet gewesen sein sollen, was aber der Zweite Bürgermeister Dr. Rottebohm energisch bestritt.

Fichtenberg. Schlechte Verhältnisse in unserer Dorfschule sind das Zeichen früherer Unterlassungen des alten Schulvorstandes, die sich gerade jetzt sehr fühlbar machen. Die Klassenzimmer sind überfüllt und müssen abwechselnd benutzt werden. Zwei Lehrer unterrichten über 200 Kinder. Der alte Schulvorstand hat eben unserer Schule schon seit langer Zeit nicht die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet. Waren es doch meist Bauern, die über die Ausgestaltung unserer Schule beraten. Die Lehrer drangen mit ihren Reformvorschlägen nicht durch, weil sie nicht den notwendigen Mut und Energie aufbrachten. Jetzt dringen die Arbeiter auf Besserung der Schulverhältnisse. Die USP.-Mehrheit in der Gemeindevertretung fordert die Neuwahl des Schulvorstandes, um den unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen.

Bockwitz. In einem eigenen Heim wird die Arbeiterschaft bald ihre Veranstaltungen abhalten können. Die Reinoldsche Gastwirtschaft, genannt Der goldene Löwe, ist vor wenigen Tagen von den Gewerkschaften als Gewerkschaftshaus käuflich erworben worden, die Uebergabe erfolgt am 1. Oktober. Damit geht ein von der Arbeiterschaft schon lange gehegter Wunsch in Erfüllung. Das Haus ist nach Lage und Räumlichkeiten das beste am Orte. Bureauräume in einem Hause mußten zur besseren Zentralisation geschaffen, die Möglichkeit des Uebernachtens für etwa zuziehende Arbeiter unbedingt geboten werden. Sache der Arbeiterschaft wird es jetzt sein, alles aufzubieten, um das große Unternehmen in die Höhe zu bringen.

Bockwitz. Eine große Aufregung unter der sonst sehr ruhigen Arbeiterschaft verursachte hier das Aufbauen von Militärbaracken an der Mückenberg-Lauchhammerstraße, gegenüber der Wernerschen Ziegelei. Am Freitag kamen unvermutet 11 Fuhrwerke aus Leithain mit dem Barackenmaterial an, das Begleitpersonal war reflos uniformiert. Auf Erkundigung war keine Zivilbehörde vom Landrat bis zum Gemeinde-Vorsteher von dem Unternehmen unterrichtet. Provozierend mußte das Beginnen jedoch auf die Arbeiterschaft wirken, hatte doch vor kurzem ein hiesiger Direktor einen Betriebsrat gegründet, gänzlich „unser Leben setzen wir nicht wieder aufs Spiel, wir fordern Militär an". Am Sonnabend hat eine Kommission für das Gewerkschaftskartell und den Arbeiterrat Mückenberg an Ort und Stelle den Vorfall untersucht, wobei sich herausstellte, daß hier von Leuten, die aus der Reichswehr entlassen worden sind, ein Fuhrgeschäft mit 20 Pferden gegründet werden soll, das zu jedermanns Verfügung steht. Es wurde vereinbart, daß eine vom Kartell entsandte Kommission jederzeit die Baracken auf Waffen untersuchen darf. Die Leute versichern, nicht mit Offizieren in Verbindung zu stehen. Für die Arbeiterschaft liegt also vorläufig kein Grund zur Beunruhigung vor, sie muß alleddings die Augen offen halten.

Priesteblich. Ein „edler Menschenfreund" scheint der Rittergutspächter Berndt zu sein, wenn das zutrifft, was zwei junge Leute auf dem Bahnhof Wittenberg jüngst berichteten. Zur Einbringung seiner Ernte ließ sich Berndt von einem wilden Berliner Stellenvermittler 5 männliche und 2 weibliche jugendliche Arbeitskräfte vermitteln. Wie hoch sich dabei der Verdienst des Vermittlers gestellt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Bei 10stündiger Arbeitszeit erhielten die Leute für die Stunde 1,05 Mk., später 1,60 Mk., für Ueberstunden 60 Prozent Zuschlag. Von diesem „hohen" Lohn mußten sie sich selbst beköstigen, außerdem wurden jede Woche für Kartoffeln und Käse 15,00 Mk. abgezogen. Nachdem sich die Leute bei ihrer schweren Arbeit von dem Lohn nicht mehr sattessen konnten, erhielten sie auf Verlangen 1,60 Mk. pro Stunde. Auch hierdurch wurde ihre Lage kaum gebessert, so daß einer von ihnen dem Pächter einmal die Meinung sagte, was dieser von den jungen Leuten gar nicht erwartet hatte. Statt nun für Aufbesserung der Löhne oder Gewährung von Lebensmitteln zu sorgen, bekam der Sprecher zur Antwort, er könne ja gehen. (Nachdem die Ernte zum Teil eingebracht war!) Darauf sind alle gegangen. Die jungen Leute hatten geglaubt, auf einem Rittergute wenigstens gutes Essen zu erhalten. Der Pächter sollte sich schämen, ausgemergelten Berliner Leuten bei der schweren Erntearbeit nicht einmal Verpflegung gegeben zu haben. Als Wohngelegenheit standen zwar Stuben zur Verfügung, über die vielen Mitbewohner aber, wie Ratten, Mäuse usw., wollen wir schweigen. Die Leute erklärten, daß sie sich für das zweite Mal bedanken, unter solchen Verhältnissen aufs Land zu gehen. Nutzen haben sie nicht im Geringsten gehabt, wohl aber bedeutenden Schaden: nämlich zerrissene Kleider und Schuhe; außerdem tiefe Abneigung im Herzen gegen die Agrarier. Da brauchen sich die Landwirte nicht zu wundern, daß sie keine Erntearbeiter aus der Stadt bekommen, denn nach ihren Angaben haben die Leute in Berlin besser gelebt als auf diesem „Rittergute, wo von dem, was die bürgerliche Gesellschaft gewöhnlich als Rittertlichkeit bezeichnet, aber auch gar nichts zu spüren war.

Kalbe (Saale). Großer Diebstahl. Aus einer stillgelegten Wollwarenfabrik wurden hier innerhalb weniger Tage für 300 000 Mk. Webwaren, Motore und Maschinenteile gestohlen.

Dronsig. Durch eine Filmexplosion geriet hier das Kino im Deutschen Hause in Brand. Binnen wenigen Augenblicken standen sämtliche auf demselben Flur liegenden Zimmer in Flammen und brannten fast vollständig aus. Der Besitzer des Kinos war bewußtlos geworden und mußte sicher verbrannt von beherzten Männern unter eigener Lebensgefahr aus seiner schrecklichen Lage befreit werden. Ein im Deutschen Hause zur Sommerfrische weilendes älteres Ehepaar wurde durch Brandwunden erheblich verletzt.

Allerlei.

Durch Explosionen getötet.

Leipzig, 27. Juli. Auf dem Lindenthaler Exerzierplatz brachten drei junge Leute einen aufgefundenen Minenbündelgänger zur Explosion. Hierbei wurden zwei von ihnen so schwer verletzt, daß sie bald darauf starben; der dritte liegt hoffnungslos darnieder.

Grochenhain, 27. Juni. In Thansian und heute früh im Denaturierungsgebäude eine Explosion statt, wobei drei Arbeiter tödlich und einer schwer verletzt wurden. Die umfangreichen Betriebe erleiden keine Störung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200728-12/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.
Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 9—1 und 4—7 Uhr. — Sonnabends nachmittags geschlossen. — Fernsprecher 1478.

10. Distrikt.

Umstände halber findet die Distriktsversammlung Freitag abend 7 Uhr statt.
2545 Der Vorstand.

Holzarbeiter-Betriebsräte.

Freitag, den 30. d. M., abends 7 Uhr, im „Volkspark" (Mittelzimmer):

Vollversammlung
der Betriebsräte der Holzindustrie.

Tagesordnung:
1. Vortrag über den Zusammenschluß der Holzindustrie.
2. Wahlen eines Revier-Gruppen-Rats.

Sämtliche Betriebsräte, besonders die Beamten-Vertreter der zur Holzindustrie gehörigen Betriebe, müssen vertreten sein. Der Bezirks-Wirtschaftsrat. 2640

DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND

HALLE A. S. FERNRUF BÜROZEIT 11-1, u. 4-6. — HARZ 42/44 № 1726 SONNABEND 9-2.

Freitag, den 30. Juli, abends 7 Uhr, im kleinen Saale des Volksparks:

Betriebsräte u. Vertrauensleute.

Tagesordnung:
1. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Hallischen Metallindustrie.
2. Stellungnahme zu der zwischen den Spitzenverbänden vereinbarten Arbeitsordnung.

2549

Vollzähliges Erscheinen aller Funktionäre ist notwendig. Die Ortsverwaltung.

Allgemeiner Konsum-Verein zu Lettin
bei Halle (Saale), e. G. m. b. H.

Sonnabend, den 7. August 1920, abends 8 Uhr, im Gasthof zur Erholung, Lettin:

Außerordentl. Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des ersten Halbjahrs 1920.
2. Erhöhung des Geschäftsanteils.
3. Statutenänderung. § 62, 63, 67.
4. Aufbesserung der Vergütung für den Kassierer.
5. Bewilligung des Gehalts für den Geschäftsführer.
6. Geschäftliches.
7. Anträge der Mitglieder. Dieselben müssen fünf Tage vor der Generalversammlung in den Händen des Einberufers sein.

Die Frauen der Mitglieder sind besonders eingeladen. *1192

Lettin, den 28. Juli 1920.

Der Aufsichtsrat.
J. A.: Friedrich Deparade

„Iduna",
Lebens-, Pensions- u. Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft A.-G. zu Halle (Saale).

Hierdurch laden wir die Mitglieder unserer Gesellschaft zu der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung ein, welche am

14. August d. J., 12 Uhr mittags,

im Saale des Hotels zur Stadt Hamburg, Gr. Steinstraße Nr. 73, hier, abgehalten werden wird. Für die Berechtigung zur Teilnahme an der Generalversammlung sind die Bestimmungen des § 7 der Satzungen von 1916, 1918 und 1919, vom 1. März 1903 bezw. § 19 des Statuts von 1864, § 12 des Statuts von 1872, sowie § 16 der Statuten von 1863 und 1854 maßgebend.

Mitglieder, welche an der Generalversammlung teilzunehmen beabsichtigen, müssen spätestens zwei Werktage vor der Generalversammlung, also bis zum 11. August d. J., unter Nachweis ihrer Stimmberechtigung, welche auf Grund der betr. Versicherungs-Police und der letzten Prämienquittung festgestellt wird, ihr Erscheinen bei der Direktion angemeldet haben.

Bevollmächtigte stimmberechtigte Mitglieder haben der Direktion ebenfalls spätestens zwei Werktage vor der Generalversammlung ihren Auftrag durch schriftliche Vollmacht und die Stimmberechtigung ihres Auftraggebers durch Bescheinigung des betr. Generalagenten nachzuweisen.

Der Eintritt in das Versammlungslokal wird nur gegen Legitimationskarte gestattet.

Tagesordnung:
1. Vorlage der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes;
2. Genehmigung der Vermögensrechnung und der Gewinn- und Verlustrechnung, sowie Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat;
3. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung;
4. Genehmigung von Versicherungsbedingungen;
5. Wahl zum Aufsichtsrat.

Vom 31. Juli d. J. an wird jedem Mitgliede auf Erfordern ein Stück der Vermögensrechnung, der Gewinn- und Verlustrechnungen, der Bemerkungen des Aufsichtsrates und des Geschäftsberichts des Vorstandes im Direktionsbureau ausgehändigt.

Halle (Saale), den 24. Juli 1920. *1190

Der Aufsichtsrat
der „Iduna", Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungsgesellschaft A.-G. zu Halle a. S.
Dr. Steckner, Vorsitzender.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Deutscher Eisenbahner-Verband,
Ortsgruppe Halle (Saale).

Freitag, den 30. Juli 1920, abends 7½ Uhr, in den Thalia-Sälen:

Gr. öffentl. Eisenbahnbeamten-Versammlung

Tagesordnung:
1. Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten oder Deutscher Eisenbahner-Verband und Rücktritt vom Reichsdienst.
   Referent: Eisenbahnassistent Kollege Oelkers (Leipzig).
2. Freie Aussprache.

Alle Beamten- und Anwärter-Kollegen laden wir zu dieser Versammlung ein. Viel Unklarheit herrscht noch in weiten Kreisen der Beamten über die Bestrebungen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes in bezug auf Wahrnehmung der Beamteninteressen. Kollege Oelkers wird euch Aufklärung geben, so daß jeder einzelne befriedigt aus der Versammlung gehen wird.

Wir fordern die Vertreter des ehemaligen Beamtenbundes (jetzigen Reichsgewerkschaft), sowie deren Anhänger auf, unbedingt in der Versammlung zu erscheinen.

Kollegen! Sorgt, daß diese Versammlung zu einer Massenkundgebung der Eisenbahnbeamten Halles werde. Die Ortsverwaltung.

Camel, die vornehmste amerikanische Zigarette, wie Chesterfield, • Mille 500 Mark, • trotz siebenfacher Goldzoll-Erhöhung.
Poststr. 6, Karl Gimpel, Großhandlung. 2518

Kaufe Nähmaschine, wenn auch nicht nähend. Breitestr. 33a, I l. 2547

Moderne Ehelente verlangt gratis vertrau. Prospekt. Sie finden, was Sie suchen. E. A. Geschwind, Chem. Fabrik, Werden 1. S. 2518

U.T

Nur noch bis Donnerstag:
Reinh. Schünzel im Film
„Ut mine Stromtid"
Das erste verfilmte Werk
Fritz Reuters.

Leipziger Str. 68 — Alte Promenade 11a

Liebe, Haß u. Geld
Nach den Motiven des bekannten Romans:
„Im Schillingshof"
von E. Marlitt.

Beginn 4 Uhr. 2551

Mode-Zeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Apollo-Theater
Anf. 8 Uhr. 2546
Der Graf von Luxemburg
Vorverk. 9-1 u. 5-½7 Uhr.

Stadttheater
Donnerstag, den 29. Juli, Anfang 7½, Ende 9¼ Uhr:
Tiefland.
Freitag: Als ich noch im Flügelkleide. 2545

Ausschneiden! Aufbewahren!

✚ Frauen ✚ verlangen [illegible] bei Störungen u. Unregelmäßigkeiten sofort nur anerkannt vorzügliche Dr. Hoffmanns Menzaliin, Bestbewährt u. empfohlen. Garant. unschädl. Pr. M. 4.50. Versand diskr. nur durch Dr. K. Hoffmann & Co., Berlin-Schöneberg 248.

Raucherdank. Das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen, erwirkt unser ärztl. zugel., pat. geschützt, unschädliches Mittel. Tägl. Anerkennungen. Ausk. kostenlos Institut Zwere, München 40, Neureutherstr. 15. 1081

Gesangsunterricht erteilt gute Lehrerin. Offert. u. V. H. 681 a. d. Exp. d. Z. 2519

Sportklub 1909.

Sonnabend, den 31. Juli, in Leonhardts Etablissement (Rabeninsel):

Sommernachtsball.

Dampferabfahrt: 8 Uhr abends ab Genzmerbrücke.

Hierzu ladet ergebenst ein. 2546 Der Vorstand.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

„Iduna",
Feuer-, Unfall-, Haftpflicht- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft zu Halle (Saale).

Hierdurch laden wir die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der am

14. August d. J., vormittags 11½ Uhr,

im Saale des Hotels zur „Stadt Hamburg", Gr. Steinstraße 73, hier, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Aktionäre, welche an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, müssen gemäß § 17 der Satzung bis einschl. 11. August 1920 auf dem Bureau der Gesellschaft, Halle (Saale), Königstr. 84, beim Vorstand schriftlich die Erteilung einer Einlaßkarte beantragen und zwar unter Angabe der Nummer der auf ihren Namen im Aktienbuch eingetragenen Aktien, gegebenenfalls unter Einreichung schriftlicher Vollmachten anderer Aktionäre.

Der Eintritt in das Versammlungslokal ist nur gegen Einlaßkarte gestattet.

Tagesordnung:
1. Vorlage des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung.
2. Genehmigung der Vermögensrechnung und der Gewinn- und Verlust-Rechnung, sowie Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.
3. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Halle (Saale), den 24. Juli 1920. *1189

Der Aufsichtsrat der „Iduna", Feuer-, Unfall-, Haftpflicht- u. Rückversicherungs-Aktiengesellschaft zu Halle (Saale).
Dr. Steckner, Vorsitzender.

Kaiser-Wilhelms-Halle.
Donnerstags: 2114
Der große Ball
auf neuem Parkett.

Paul Polko, Bitterfeld, Lindenstraße 21, Straße vom Bahnhof nach der Stadt. *1178
Kaffee, Wein, Zigarren, Tabak, Tee.
Das Geschäft führt anerkannt nur erstklassige Waren bei mäßigen Preisen. 17jähr. überseeische Erfahrungen.

Gaskocher in allen Größen. *1188
G. Brose, Gr. Sandberg 8.

Reparaturen an 2085
Uhren
übern. bei solider Ausführ. zu normalen Preisen.
H. Lerner, Uhrmacher, Große Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstr.).

Empfehlen zur Anschaffung:
N. Lenin, **Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht.** Preis 1.20 Mk. Porto 20 Pf.
Leo N. Trotzky, **Terrorismus u. die internationale.** Preis 1.80 Mk. Porto 20 Pfg.
H. Berliner, **Der Bolschewistische Staat.** Die Gestaltung der russischen Sowjet-Republik. Preis 2.20 Mk. Porto 40 Pf.
Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung** Harz 42/44.

Bellamy
Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.
5,00 Mk., Porto 40 Pf.
Volksbuchhandlung.

Familien-Nachrichten

Sozialdem. Verein Halle-Saalkreis USPD.
Distrikt Kanena.

Am 26. Juli starb unser Parteigenosse, der Bergmann
Friedrich Rees,
im Alter v. 59 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.
Das Begräbnis findet am Donnerstag nachmittag statt. 2548

Amtliche Bekanntmachungen

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Donnerstag, den 29. Juli 1920, zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 28501—32000, vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr. Es können an jede Person eines Haushaltes 115 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben werden.

Städtischer Verkauf von Gerstenmehl an Kinder bis zu 12 Jahren, an Jugendliche von 12—17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an, ferner von **Kerzen und Kakao**

in der Talamtschule am Donnerstag, den 29. Juli 1920, zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 27501—33000, vormittags von 8—12, und die Inhaber der Nummern 33001—40000, nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Kinder bis zu 12 Jahren, an Jugendliche von 12—17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an 1 Paket Gerstenmehl zum Preise von 1 Mk., an jeden Haushalt können 4 Stück Kerzen zum Preise von 4,50 Mk. für 4 Stück und an jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Kakao zum Preise von 3 Mk. abgegeben werden.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hiedurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Haferflocken und den Kunsthonig von 29.—31. Juli 1920 abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Die Inhaber von Apotheken und Drogengeschäften werden hierdurch aufgefordert, am Donnerstag, den 29. Juli 1920, während der Dienststunden von 8—12½ Uhr vormittags im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, III. Obergeschoß, Zimmer 37, die Bezugsscheine für Saccharin abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen. Es wird darauf hingewiesen, daß für jede Person eine Haushaltes 3 Pakete abgegeben werden.

Kohlenversorgung für gewerbliche Verbraucher von mehr als 10 Tonnen im Monat.

Gewerbliche Betriebe, die mehr als 10 Tonnen Kohlen monatlich verbrauchen, haben ihren Bedarf für den Monat August 1920 umgehend anzumelden, und zwar unter Verwendung der vorgeschriebenen Meldekarten, die für die im Stadtkreis Halle wohnhaften Verbraucher im Zimmer 4 der Ortskohlenstelle, Marktplatz 22, vormittags von ½9 bis ½1 Uhr abgeholt werden können. Der Preis beträgt für ein Heft mit 6 Karten 60 Pf., eine Einzelkarte 15 Pf.

Vorlage des Kuhkatasters.

Die Kuhhalter der hiesigen Stadt werden hiermit aufgefordert, das von ihnen zu führende Rindviehkataster über die Anzahl der bei ihnen vorhandenen Milchkühe, Spannkühe, männlichen Zuchtere und Kälber binnen 3 Tagen beim Stadternährungsamt, Markt 22, Zimmer 44, vorzulegen.

Bitterfeld

Weißbrot- und Zwiebackbäckerei.

Vom 2. August an wird die Herstellung des Weißbrotes den Bäckereien von Delze, Kirchplatz, Petermann, Inn. Bismarckstraße, Richter, Sommerfeldt und des Zwiebackes der Bäckerei von Albert Hauke, Mühlstraße übertragen.

Bitterfeld, den 27. Juli 1920.
*1191 Der Magistrat. Richter.

Ausgabe von Brot-, Fleisch-, Fett- und Kartoffelkarten.

Die Ausgabe der vorbezeichneten Karten erfolgt am Donnerstag, den 29. Juli, von 8—12 Uhr, die Bezirke 1—3, von 2—5 Uhr, die Bezirke 4—5; Freitag, den 30. Juli, von 8—12 Uhr, die Bezirke 6—8, von 2—5 Uhr, die Bezirke 9—10, im Thüringischen Konzerthause, Kaiserstr. 67, gegen Vorlegung der Brotscheine. Seifenkarten können auf Wunsch im Rathause, Zimmer 3, abgefordert werden.

Bitterfeld, den 27. Juli 1920.
*1191 Der Magistrat. Schmidt.

Arbeiter-Sängerchor, Halle (Saale).

Am 24. Juli starb unser treuer Sangesbruder, der Zimmermann
Otto Schettig,
im Alter von 28 Jahren.
Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
2544 Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200728-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 28. Juli 1920.

Heute abend Versammlungen!

Noch immer sind die Verhältnisse im Osten ungeklärt, noch immer gilt es, auf der Wacht zu sein. Heute abend muß das Hallische Proletariat seinen unerschütterlichen Neutralitätswillen zum Ausdruck bringen. Die Ereignisse der letzten Tage auch in Halle, die Durchfahrt der Koltschak-Truppen, der Gefahr von Entente-Munitions- und Truppentransporten, all das muß jeden aufrütteln und zwingen, die Versammlungen im Volkspark und im Südpalast zu besuchen. Das Hallische Proletariat wird seine Wachsamkeit in jedem Falle beweisen und wird deshalb die Versammlungen zu einer Massenkundgebung gestalten!

An unsere Abonnenten!

Mit dem 1. August werden unsern verehrl. Abonnenten neue Quittungen vorgelegt. Wir weisen nochmals darauf hin, daß der Abonnementspreis monatlich einschließlich des Trägerlohnes netto 6 Mark beträgt. Ferner bitten wir darauf zu achten, daß die Quittungen vom Träger unterschrieben sind.

Verlag Volksblatt.

Richtlinien für die Räteorganisation.

Wir veröffentlichten kürzlich den Vermittlungsvorschlag, den die Gemeindearbeiter zur Rätefrage gemacht haben. Nachträglich bringen wir noch folgende Richtlinien für die Wirtschaftliche Räteorganisation zum Abdruck, die von den Gemeindearbeitern beschlossen wurden. Demnach sind die dringendsten Aufgaben, die den Betriebsräten erwachsen, folgende:

1. Die Einarbeitung in die Warenerzeugung und Warenverteilung;
2. die Ausgestaltung der Geschäftsführung nach einheitlichen Gesichtspunkten;
3. die Lösung der sozialen und Berufsfragen;
4. die Fortführung von volkswirtschaftlicher Ausbildung der Betriebsräte.

Zur Erreichung dieser Ziele ist es notwendig, in den örtlichen Betriebsrätezentralen:

1. Das Material der einzelnen Industriegruppen zu sammeln und einheitlich zu bearbeiten;
2. desgleichen die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen zusammenzustellen;
3. auf diese Weise einen Ueberblick über den Stand der Industriegruppen zu gewinnen;
4. durch Vorträge die so gewonnene Kenntnis zu verbreiten;
5. durch Kurse die Betriebsräte für ihre Aufgabe zu schulen;
6. für Verbreitung der Betriebsräte-Zeitschriften zu wirken;
7. zur Bearbeitung der sich aus der Geschäftsführung ergebenden Fragen und Differenzen eine Organisations-Kommission zu wählen; desgleichen für soziale und Berufsfragen eine Kommission für Sozialpolitik und für die Produktion betreffende Angelegenheiten eine Kommission für Wirtschaftspolitik;
8. zu allen Fragen in den Volksversammlungen Stellung zu nehmen, die notwendigen Maßnahmen zu beschließen und für deren Durchführung Sorge zu tragen;
9. auf Grund der bei der Durchführung dieser vorgenannten Maßnahmen gesammelten Kenntnisse der Lage der Industriezweige gemeinsam mit den Funktionären der Gewerkschaften die Richtlinien für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuarbeiten.

Nur das engste Zusammenwirken beider Teile der Arbeiterbewegung kann zum Erfolg führen. Je gründlicher die Arbeiter und Angestellten in das Wesen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft eindringen und je sachkundiger sie dem Unternehmer entgegentreten, um so unüberwindlicher wird die Macht der Arbeiterklasse sein.

•

In der Holzarbeiter-Versammlung, über die wir berichteten, wurden übrigens vom Referenten Winkler folgende Leitsätze aufgestellt:

1. Gewerkschaften und Wirtschaftliche Räteorganisation einigen sich auf dem gemeinsamen Boden der Entschließung vom 5. Juli 1920. Eine Sonderorganisation, wie sie heute die Wirtschaftliche Räteorganisation darstellt, lehnen die Holzarbeiter ab, weil die Betriebsräte von den Gewerkschaften untrennbar sind.
2. Die Wirtschaftliche Räteorganisation gibt ihre Propaganda für eine selbständige Räteorganisation auf; dagegen wird das Gewerkschaftskartell beauftragt, sofort mit der Wirtschaftlichen Räteorganisation in Verhandlungen zu treten, um eine für beide Teile befriedigende Verständigung herbeizuführen.
3. Die Gewerkschaften und die jetzt bestehende Wirtschaftliche Räteorganisation, haben sich auf eine gemeinsame Zentrale zu einigen; diese Zentrale ist dem Gewerkschaftskartell als besondere Abteilung anzugliedern. Dieselbe soll gebildet werden aus drei Vertretern des Gewerkschaftskartells, aber Vertretern der Wirtschaftlichen Räteorganisation, und zwei Vertretern der Afa. Der weitere Aufbau ergibt sich aus den 15 Industriegruppen und ist zwischen den beiden Parteien weiter zu vereinbaren.
4. Die Gewerkschaften übernehmen unter diesen Bedingungen die Finanzierung der Räteorganisation in Form eines Umlageverfahrens. Alle Zahlungen werden von der Betriebsrätezentrale geleistet. Gewerkschaftskartell und Generalversammlung der Betriebsräte wählen zu gleicher Zeit eine Kontrollkommission, welche vierteljährlich beiden Körperschaften Bericht zu erstatten hat.

In dem Abstimmungsergebnis der Versammlung erklärt uns Genosse **Winkler**: Die Abstimmung erfolgte in vorgerückter Stunde kurz vor 12 Uhr. Es waren kaum noch 150 Mitglieder anwesend. Der Versammlungsleiter, Kollege Simon, machte den Vorschlag, eine Urabstimmung in der Verwaltungsstelle stattfinden zu lassen. Ich habe für die Urabstimmung noch das Wort ergriffen, weil eben nur noch ein so geringer Teil der weit über 2000 in Halle vorhandenen Mitglieder anwesend waren. Trotzdem wurde der Antrag Dörr mit etwa 50 Stimmen angenommen, der Rest der sehr gelichteten Versammlung enthielt sich der Stimme."

Arbeiterferien.

Im Korrespondenzblatt des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes macht P. Pawlowitsch in einem der Beachtung werten Artikel auf die großen Mängel aufmerksam, die heute noch den Arbeiterferien anhaften. Pawlowitsch schreibt:

„Die Arbeiterferien sind nicht mehr eine „Frage", sondern sie sind bis zu einem gewissen Grade eine Tatsache geworden. Ueber die Notwendigkeit der Arbeiterferien soll hier nicht gesprochen werden. Ausdrücklich bemerkt sei jedoch, daß wir die Ferien nicht als eine Belohnung für „langjährige und treu geleistete Dienste" betrachtet wissen wollen. Die Ferien sind in der Hauptsache ein gesundheitliches und vorbeugendes Mittel. Sie sind ebenso notwendig wie Speise und Trank, wie Nachtruhe und Erfrischung.

Ferien müssen in erster Reihe zeitlich so bemessen sein, daß eine gewisse und gewollte Wirkung eintritt. Zwei, drei, vier Tage Ferien können die gewünschte Wirkung, die Auffrischung der Geistes- und Körperkräfte, nicht bringen. Das Höchstmaß in den Tarifen sieht vierzehn Tage vor. Vierzehn Tage aber müßten die niedrigste Grenze der Ferien darstellen, allerwindestens aber das Normalmaß sein. Das Unzulänglichste in den tarifierten Ferien liegt in der Staffelung. Nach einem Jahre drei Tage, nach zwei Jahren fünf und so fort. Das ist das Schema fast in allen Tarifen. Dieses Schema stellt aber die größte Ungerechtigkeit dar. Es erklärt die Ferien zu einer Belohnung und entkleidet sie ihrer hygienischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung. Wiederherstellung und Schonung der Arbeitskräfte, unseres einzigen Besitztums zurzeit, das ist Volkswirtschaft im besten Sinne des Wortes, ist Menschenökonomie. Wie wirkt aber das gekennzeichnete Schema in der Praxis? Ein junger Arbeiter, welcher ständig in einer Arbeitsstelle war, erhält sechs bis acht Tage oder darüber Ferien. Ein älterer, welcher, sei es durch seinen Beruf (Bau- oder Konjunkturarbeiter) gezwungen ist, häufiger den Arbeitgeber zu wechseln, erhält entweder keine Ferien, weil er nicht das ganze Jahr in dem gleichen Betriebe gearbeitet hat, oder bestenfalls die kürzeste Frist. Ein Betrieb wird eingestellt. Die Arbeiter, welche zehn bis zwanzig Jahre dort gearbeitet haben, fangen in der neuen Arbeitsstelle mit den Ferien von vorn an. Dadurch wird Zweck und Wirkung der Ferien völlig ausgeschaltet, zum mindesten stark herabgemindert.

Sollen Ferien ihren Zweck erfüllen, so dürfen sie nicht zu kurzfristig sein und auch jedem Arbeiter (selbstverständlich auch jeder Arbeiterin) zustehen. Das ist nach den heutigen Tarifen nicht der Fall."

Die Verantwortung der Eisenbahner.

Der Bezirksleiter der Eisenbahner, Genosse **Beilschmidt**, wünscht die Veröffentlichung folgender Zeilen ohne Aenderung. Wir kommen seinem Wunsche nach:

Die seit Freitag herumschwirrenden Gerüchte über Truppen- und Munitionstransporte der Entente durch Deutschland sind, wenn auch nicht in allen Fällen zutreffend, eine Gefahr für das öffentliche Leben geworden. Und zwar, insofern, daß dort, wo diese Transporte angehalten werden, sich rollende Güter ansammeln und somit im Güterverkehr eine nicht zu unterschätzende Stockung entsteht. Selbst das Abschieben dieser Transporte auf das „tote Gleis" ist gefährlich insofern, weil sich Unberufene in den Besitz der evtl. vorhandenen Waffen und Munition setzen können. Die Folge hiervon wäre, daß unlautere Elemente Waffen und Munition ergreifen, die ohne Zweifel zu Kollisionen führen würden. Eine weitere Gefahr im Ansammeln dieser Munitionszüge besteht darin, daß durch irgend eine Art Explosionen entstehen können, die einen unberechenbaren Schaden verursachen würden. Der Deutsche Eisenbahnerverband ist nun dazu übergegangen den Regierungsinstanzen mitzuteilen, daß im Falle derartige Maßnahmen von seiten der Entente nicht aufhören, sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindert werden sollen. Der Art. 183 des Friedensvertrages besagt, daß die Entente das Recht hat, Frachten durch Deutschland zu befördern. Nicht aber Truppentransporte. Selbst der Begriff Fracht ist objektiv nicht anders zu deuten, als darunter die Beförderung von Gütern zwecks Erhaltung der Wirtschaft verstanden werden muß. Da nun Pulver und Blei im entgegengesetzten Sinne wirken, ist es Pflicht der deutschen, vor allen freigewerkschaftlichen Eisenbahner, diese Transporte zu unterbinden. Allerdings scheint man in verschiedenen Kreisen mit dem von mir Angeführten nicht einverstanden zu sein. Trotzdem muß von den der Arbeiter- und Beamtenschaft verantwortlichen Stellen darauf hingewiesen werden, rücksichtslos die Transporte aufzuhalten. Die Ententetruppen sind in einem in der Nähe befindlichen Lager untergebracht. Die Munition selbst muß auf dem bekannten Wege unschädlich gemacht werden. Die Direktionen haben mit den Betriebsräten sämtlichen Aemtern und Dienststellen strikte Anweisung zu geben, jeden verdächtig gemeldeten Transport anzuhalten, zu untersuchen und evtl. dem Ausgangspunkt zurückzuführen. Personal, daß diese Züge ohne Begleitbescheinigung fährt, ist sofort zu entlassen.

Sind die zuständigen Stellen der Arbeiter nicht in der Lage, bei den verantwortlichen Stellen die Durchführung des Obigen herbeizuführen, dann ist sofort die Organisation zu benachrichtigen. Die Verantwortung der Eisenbahner ist also von eminenter Bedeutung. Ruhe und Ueberlegung ist hierbei Vorbedingung. Wichtig ist aber, daß sich kein Unberufener in diese Verhältnisse einmischt, denn der Eisenbahnbetrieb ist eben in seiner komplizierten Zusammensetzung vor besondere Entscheidungen gestellt. Darum die Augen auf und auf der Wacht sein, damit Deutschland nicht der Tummelplatz von Singalesen, Zulukaffern usw. wird. Die Folge wäre der Bürgerkrieg und die Wiederkehr der alten Imperialismus sowie die Entstehung eines zweiten Korthy-Ungarns.

* **Metallarbeiter und Leunastreik.** Die Kontrollstellen für die am Leunawerk Streik beteiligten Kollegen sind für Halle der Volkspark, großes Restaurationszimmer, für Ammendorf und Umgebung das Hotel Deichmann, in der Zeit von 9—11 Uhr vormittags. Für Nietleben und Umgebung: der Gasthof zur Sonne, von 10—11 Uhr vormittags. Für Bruckdorf und Landsberg werden die Stellen noch bekanntgegeben. — Donnerstag abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus: Sitzung der Vertrauensleute der Metallgießereien. Die Ortsverwaltung.

* **Holzarbeiter.** Morgen, Donnerstag, nachmittags ½5 Uhr, findet im Konzerthaus, Karlstr. 14, eine wichtige Branchenversammlung der Bau- und Möbeltischler statt, die sich mit Fragen der Bauausführungs-Zentralgenossenschaft für Mitteldeutschland, Sitz Halle, beschäftigen soll. In Anbetracht der großen Wichtigkeit ist das Erscheinen aller Bau- und Möbeltischler unbedingt erforderlich. Die Branchenleitung und Ortsverwaltung.

* **Transportarbeiterverband.** Morgen, Donnerstag, den 29. Juli, abends ½8 Uhr, findet im Volkspark eine Versammlung aller Verbandsfunktionäre, sowie aller Betriebsratsmitglieder, Betriebsobmänner, Betriebsvertrauensleute und aller deren Stellvertreter aus dem Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe statt. Es soll über die Aufgaben der Betriebsräte und deren Aufbau gesprochen werden. Die Wichtigkeit dieser Materie erfordert das bestimmte und pünktliche Erscheinen aller in Frage kommender Kollegen und Kolleginnen. Verbandslegitimation ist mitzubringen. Die Ortsverwaltung.

* **Arbeiter-Bildungsausschuß.** Wie im Vorjahre, so findet auch in diesem Jahre am Montag, den 2. August, abends 8 Uhr, im Stadttheater ein Volkssymphonie-Konzert des städtischen Theater-Orchesters zu kleinen Preisen statt. Die Leitung des Konzerts hat der 1. Kapellmeister **Oskar Braun** übernommen. Zum Vortrag kommt u. a. die Pastoral-Symphonie von Beethoven, sowie die Tondichtung Tod und Verklärung von Richard Strauß. Bei dem Anklang, den die Veranstaltung im Vorjahr gefunden hat, empfiehlt der Bildungsausschuß den Besuch. Eintrittskarten im Arbeiterliteratariat, Volksbuchhandlung, sowie an der Theaterkasse.

* **Der Feldzug gegen die Drillichhosen.** Die amtliche Fürsorge für Kriegsbeschädigte hatte der hiesigen Ortsgruppe des Internationalen Bundes aller Kriegsopfer 150 Drillichhosen und -jacken zur Verteilung an die Kriegsbeschädigten überwiesen. Die Sachen lagen beim 1. Vorsitzenden des Bundes, Genossen **Hirsemann**, der öffentlich auf die Verteilung hinwies, die gestern vorgenommen werden sollte. Man hatte aber die Rechnung ohne die Kriminalpolizei gemacht. Dies eifrige Instrument der Ordnung glaubte anscheinend, hier sollte die Einkleidung der berühmten Roten Armee vor sich gehen, die in den Spalten der Halleschen Zeitung eine unsterbliche Existenz führt. Daß besonders die Schwerkriegsbeschädigten ja in erster Linie Soldaten der Roten Armee sein werden, ist ja klar. Wie gut marschiert man ohne Bein und wie trefflich schießt man ohne Arm! All des überlegte sich die wadere Kriminalpolizei, um dann todzuziehen und die staatsgefährlichen Drillichhosen der Fürsorge zu beschlagnahmen. Man drohte sogar dem Genossen Hirsemann mit Verhaftung. Kein Hinweis, daß 20 Kriegsbeschädigte bestellt seien und nun vergebens den beschwerlichen Weg machen würden, half etwas. Man muß denn doch fragen, was dieser ganze Spuk zu bedeuten hat und warum die Beschlagnahme dieses für die Kriegsbeschädigten bestimmten Gutes vorgenommen worden ist.

* **Die Zahnärzte streiken** gegen die Allgemeine Betriebskrankenkasse für den Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) wegen Unterbietung der mit dem Unterverband der Betriebs- und Ortskrankenkassen festgelegten Honorarsätze und der immer noch nicht eingeführten, im Interesse der Patienten liegenden, freien Arztwahl. Die Zahntechniker bzw. Dentisten haben sich dieser Bewegung angeschlossen. Die Behandlung der Versicherten dieser Kasse ist damit jedoch nicht eingestellt, sondern erfolgt gegen sofortige Bezahlung zu den ortsüblichen Mindestsätzen für Privatpatienten.

* **Tuberkulose-Fürsorge-Kursus.** Der Ortsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle teilt uns mit, daß unter Leitung des Fürsorgearztes Dr. Blümel in der Zeit vom 22.—28. August in Halle (Saale) ein Tuberkulose-Fürsorge-Kursus stattfindet, der am Sonntag, den 22. August, abends in der Bethde-Lehmann-Stiftung eröffnet wird. Ueber Tuberkulose, ihre Bekämpfung und die Fürsorgearbeit insbesondere werden in über 30 Vorträgen und Vorträge gehalten von Stadtrat Professor von Drigalski, Schularzt Dr. Schnell, den Kreisärzten Dr. Hillenberg und Medizinalrat Dr. Bundt, Säuglingsarzt Dr. Rech, Hygieniker Dr. Weißbach, Sanitätsrat Dr. Herzfeld, Leiterin des Wohnungsamtes Fräulein Dr. Lange, Verwaltungsdirektor Thier, Chefarzt Dr. Bochalli-Lostau, Polizeiarzt Dr. Neuendorf und Fürsorgearzt Dr. Blümel. Außer den Vorträgen findet ein Fürsorgeseminar statt (Leitung Dr. Blümel) und praktische Unterweisung in der Fürsorge unter Leitung der Oberschwester Margarethe Thieme. Führungen sind vorgesehen durch alle wichtigen sozialen und Heileinrichtungen der Stadt und nächsten Umgebung. Anmeldung zu den Vorträgen, die Fürsorgerinnen und Schwestern dienen sollen, an die Fürsorgestelle für Lungenkranke, Halle, Salzgrafenstr. 1 I. Dort auch Vortragspläne, Auskunft über Unterkunft usw. Der Kursus ist unentgeltlich.

* **Aus dem Schulausschuß.** Der Ausschuß beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit einem Antrag des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureauangestellten auf Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf weibliche Angestellte. Der Referent, Herr Stadtverordneter Lehrer **Wilke**, empfiehlt den Antrag zur Berücksichtigung. Die Diskussion ergibt, daß man im Prinzip dem Antrag zustimmt, aber die praktische Ausführung des Antrags vertagen muß, weil in nächster Zeit die dazu geeigneten Räume nicht zu beschaffen sind. Der Antrag des Referenten, die Angelegenheit dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen, wird einstimmig angenommen. Ein weiteres Gesuch um Errichtung einer dritten Baugewerkschulklasse muß vertagt werden, weil das Schulkuratorium noch nicht Stellung zu der Sache genommen hat.

* **Umsatzsteuer bei Verkäufen unter Privatpersonen.** Im Publikum ist allgemein die Ansicht vertreten, daß die Umsatzsteuer nur Lieferungen innerhalb einer gewerblichen Tätigkeit betrifft. Diese Annahme ist irrig. Steuerpflichtig ist jeder, der die in § 2 Abs. 1 Nr. 8 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 genannten Gegenstände veräußert, auch wenn weder er noch der Käufer ein Geschäftsmann ist. Zu diesen Sachen gehören besonders Gegenstände aus oder in Verbindung mit Edelmetallen; platinierte vergoldete und versilberte Gegenstände; Edelsteine, Halbedelsteine, Gegenstände aus oder in Verbindung mit Bernstein, Jet, Korallen, Elfenbein, Meerschaum, Perlmutter oder Schildpatt; sonstige Schmucksachen aller Art; Klaviere, Flügel, Harmonien, Streichu. Zupfinstrumente, Phonographen, Orchestrions usw., sowie deren Bestandteile und Zubehör; Autos, Motorboote und Luftfahrzeuge, die zur Personenbeförderung bestimmt sind, Fahrzeuge zu Vergnügungs- und Sportzwecken (Ruderboote, Rodelschlitten usw., sowie deren Bestandteile und Zubehör; Felle und Pelzwerk jeder Art, mit Ausnahme von Hasen-, Kanin-, Katzen-, Hunde- und Schafpelzen; Teppiche, Kunstgegenstände, Antiquitäten und Sammelgegenstände. Steuerpflichtig ist der **Lieferer**. Mit ihm haftet der Abnehmer für die Erfüllung der Steuerpflicht. Die Steuer beträgt 15 v. H. des Entgelts für jedes einzelne Geschäft, ohne Rücksicht auf die Höhe des Entgelts. Der Steuerbetrag wird auf volle 10 Pfennig nach unten abgerundet. Der Lieferer hat eine Quittung auszustellen und hierauf Umsatz-Stempelmarken, die bei der Hauptpost (Schalter 7) käuflich sind, zu entwerten. Erhält der Käufer keine versteuerte Quittung, so hat er der Steuerstelle umgehend Mitteilung zu machen und auf der Mitteilung die Marken zu verwenden. Die Entrichtung der Steuer kann auch unter Vorlage der Quittung durch Bareinzahlung bei dem zuständigen Umsatzsteueramt erfolgen. Wird der Käufer vom Verkäufer auf Zahlung verklagt, so kann er den Beweis der erfolgten Zahlung nur durch Vorlegung der **versteuerten** Quittung oder Mitteilung an die Steuerstelle erbringen. Andernfalls muß er zur Zahlung verurteilt werden. Die Hinterziehung der Umsatzsteuer wird mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der hinterzogenen Steuern oder mit Gefängnis bestraft. Hiernach liegt die genaue Beachtung der gesetzlichen Vorschriften im eigensten Interesse jedes Beteiligten. Auskunft erteilt das Umsatzsteueramt, Rathausstraße 17 I; werktags von 9 bis 12 Uhr geöffnet.

* **Feuerbestattungen im Hallischen Krematorium.** Zur Vornahme von Feuerbestattungen in Preußen ist der Nachweis, daß der Verstorbene die Einäscherung seiner Leiche angeordnet hat, beizubringen. Dieser Nachweis ist in vielen Fällen in nicht rechtsgültiger Form ausgefertigt, so daß die Einäscherung hier nicht stattfinden konnte und die Ueberführung der Leiche nach nichtpreußischen Krematorien vorgenommen werden mußte. Die Abgabe der mündlichen Willenserklärung zur Feuerbestattung kann nur vor einer zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigten Person erfolgen. Legitimation ist dabei vorzulegen. Zur kostenlosen Ausfertigung der diesbezüglichen beweiskräftigen Verfügung sind hier verpflichtet: 1. die Vorsteher sämtlicher hiesiger Polizeireviere, 2. der Leiter des Begräbnisamtes, Großer Berlin 11, 3. der Inspektor des Gertraudenfriedhofes.

* **Kinderausflug der Hallischen Schuljugend.** Gestern fand der zweite Kinderausflug des Sozialdemokratischen Vereins (SPD.) statt. Schon in aller Frühe zogen die Kinder truppweise zu ihren Sammelstellen, bald wogte eine fröhliche Kinderschar durch die Straßen Halles. Weit über 600 Kinder jeden Alters zogen nach dem Bestimmungsort: Touristenheim Reinzagocai. Eine große Anzahl Frauen stellten sich sofort als Helferinnen bereit, und unter ihrer Aufsicht entfaltete sich in Reinzagocai ein buntes Leben und Treiben. Mittagessen und Kaffee wurde gekocht, Spiele für Groß und Klein veranstaltet, so daß man mit Recht sagen kann, dieser Ausflug wurde zu einem Volksfest. Gleichzeitig kann aber auch festgestellt werden, welch großes Bedürfnis nach Freude und Frohsinn in unserer Jugend vorhanden ist. Allen denjenigen sei hier gedankt, die sich in aufopfernder Weise zur Verfügung stellen und ein wenig Sonne und Liebe in das freudlose Dasein eines Proletarierkindes tragen und ihnen versuchen, die Ferien so angenehm wie möglich zu machen. — Gleichzeitig machen wir aufmerksam, daß morgen der zweite Spielnachmittag auf der Peißnitzwiese stattfindet. Beginn: 3 Uhr nachmittags.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr, wird die Operette Hoheit tanzt Walzer wiederholt. Donnerstag: Tiefland. Freitag: Als ich noch im Flügelkleide. Die für Sonntag angekündigte Meistersinger-Aufführung findet bereits am Sonnabend, den 31. Juli, abends 6 Uhr, statt. — In dem **Volks-Sinfonie-Konzert** des Städtischen Theaterorchesters am Montag, den 2. August, gelangen zum Vortrag: Sinfonie Nr. 6 F-dur (Pastorale) von Beethoven; Der Schwan von Tuonela, sowie Nocturno, Elegie und Musette aus der Musik zu König Christian II. von Sibelius; Sinfonische Variationen für Cello-Solo von Ludwig Böllmann, vorgetragen von Franz Weise; Tod und Verklärung von Richard Strauß. Karten für das Konzert zum Preise von 1—3 Mark sind erhältlich an der Kasse des Stadttheaters, im Arbeiterliteratariat und in der Volksbuchhandlung.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaftliches, Parteinachrichten und Unterhaltungsteil: Paul Hennig, für Halle und Saalkreis: Werner Scholem; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte Johann Janßen; für Anzeigen: Hermann Sabor; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200728-12/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Empor.

Wir kommen aus der Finsternis,
Wir kommen aus der Tiefe,
Wir gingen ungekannt
Vom ersten Tage bis zum Tod
In einem Dulderland.

Wir wollen aufwärts steigen.
Es führt ein Weg zum höchsten Grat
Durch Dornen und Gestein.
Wir schlagen in die Felsen
Die Stufen uns hinein.

Ernst Preczang.

Briefe Rosa Luxemburgs aus dem Gefängnis.

Breslau, 12. Mai 1918.

Sonitschka, Ihr Brieflein hat mich so erfreut, daß ich es gleich beantworten will. Sehen Sie, wieviel Genuß und Begeisterung Ihnen ein Besuch im Botanischen Garten verschafft. Warum gönnen Sie sich das nicht öfter?! Und auch ich habe etwas davon, wenn Sie mir Ihre Eindrücke gleich so warm und farbenreich schildern, ich versichere Sie. Ja, ich kenne die wunderbaren rubinroten Kätzchen der blühenden Fichte. Sie sind so unwahrscheinlich schön, wie übrigens das meiste andere, wenn es in voller Blüte steht, daß man jedesmal den eigenen Augen nicht traut. Diese roten Kätzchen sind weibliche Blüten, aus denen dann die großen schweren Zapfen werden, die sich umdrehen und nach unten hängen; daneben gibt es unscheinbare fahlgelbe männliche Kätzchen der Fichte, die den goldigen Staub verbreiten. — „Pettoria" kenne ich nicht, Sie schreiben eine Akazienart. Meinen Sie, daß sie ähnlich gefiederte Blättchen und Schmetterlingsblüten hat, wie die sogenannte „Akazie"? Sie wissen wahrscheinlich, daß der Baum, den man so landläufig nennt, gar keine Akazie, sondern „Robinia" ist; eine wirkliche Akazie ist z. B. die Mimose; diese blüht allerdings schwefelgelb und duftet berauschend; aber ich kann mir nicht denken, daß sie im Freien in Berlin wächst, da es eine tropische Pflanze ist. In Ajaccio auf Corsika sah ich im Dezember auf dem Platz in der Stadt herrlich blühende Mimosen, riesige Bäume. . . . Hier kann ich leider nur von weitem aus meinem Fenster das Grünen der Bäume beobachten, deren Spitzen ich über die Mauer sehe; ich suche meist nach dem Habitus und dem Farbenton die Baumarten zu erraten und, wie es scheint, meist richtig. Neulich wurde hier ein gefundener abgebrochener Ast ins Haus gebracht und hat durch sein bizarres Aussehen allgemeine Aufregung hervorgerufen; jedermann fragte, was das sei. Es war eine Rüster (Ulme); erinnern Sie sich noch, wie ich Sie Ihnen zeigte in der Straße in meinem Südende, vollbeladen mit duftigen Paketen der fahlrosig-grünlichen Früchtchen; es war auch im Mai, und Sie waren ganz hingerissen von dem phantastischen Anblick. Hier wohnen die Leute jahrzehntelang in der Straße, die mit Rüstern bepflanzt ist, und haben noch nicht bemerkt, wie eine blühende Rüster aussieht. . . . Und derselbe Stumpfsinn ist ja allgemein Tieren gegenüber. Die meisten Städter sind doch wirklich rohe Barbaren, im Grunde genommen. . . .

Bei mir nimmt, umgekehrt, das innere Verwachsen mit der organischen Natur beinahe krankhafte Formen an, was wohl mit meinem Nervenzustand zusammenhängt. Da unten hat ein Paar Haubenlerchen ein Junges ausgebrütet — die übrigen drei sind wohl kaputtgegangen. Und dieses eine kann schon sehr gut gelaufen. Sie haben vielleicht bemerkt, wie drollig die Haubenlerchen laufen, mit kleinen behenden Schrittchen, trippelnd, nicht wie der Spatz mit beiden Beinchen hüpfend —, es kann auch schon fliegen, findet wohl aber noch nicht selbst genug Nahrung: Insekten, Käuperchen usw. — zumal bei diesen kalten Tagen. So erscheint es jeden Abend unten im Hof vor meinem Fenster und piepst ganz laut, schrill und kläglich, worauf auch gleich die beiden Alten erscheinen und mit ängstlichem, bekümmertem „Huid — hiid" halblaute Antwort geben, dann schnell herumlaufen, verzweifelt suchend, um noch in der Dämmerung und Kälte etwas Eßbares zu finden, und dann kommen sie an den klagenden Balg heran und strecken ihm das Gefundene in den Schnabel. Das wiederholt sich jetzt jeden Abend um 4-9 Uhr, und wenn dies schrille, klagende Piepen unter meinem Fenster beginnt und ich die Unruhe und Sorge der beiden kleinen Eltern sehe, bekomme ich buchstäblich einen Herzkrampf. Dabei kann ich nichts helfen, denn die Haubenlerchen sind sehr scheu, und wenn man ihnen Brot hinwirft, fliegen sie weg, nicht so wie die Tauben und Spatzen, die mir schon wie Hunde nachlaufen. Ich sage mir vergeblich, daß es lächerlich ist, daß ich ja nicht für alle hungrigen Haubenlerchen der Welt verantwortlich bin und nicht um alle geschlagenen Büffel — wie die, die hier täglich mit Säcken in den Hof kommen — weinen kann. Das hilft mir nichts, und ich bin förmlich krank, wenn ich solches höre und sehe. Und wenn der Star, der bis zum Ueberdruß den ganzen lieben Tag irgendwo in der Nähe sein aufgeregtes Geschwätz wiederholt, wenn er für einige Tage verstummt, habe ich wieder keine Ruhe, daß ihm was Böses zugestoßen sein mag, und warte gespannt, daß er seinen Unsinn nur weiter pfeift, damit ich weiß, daß es ihm wohlergeht. So bin ich aus meiner Zelle nach allen Seiten durch unmittelbare feine Fäden an tausend kleine und große Kreaturen genüpft und reagiere auf alles mit Unruhe, Schmerz, Selbstvorwürfen. Sie gehören auch zu all diesen Vögeln und Kreaturen, um die ich von weitem innerlich bibriere (bange). Ich fühle, wie Sie darunter leiden, daß Jahre unwiederbringlich vergehen, ohne daß man „lebt". Aber Geduld und Mut! Wir werden noch leben und Großes erleben. Jetzt sehen wir vorerst, wie eine ganze alte Welt verrinnt, — jeden Tag ein Stück, ein neuer Abrutsch, ein neuer Riesensturz. . . . Und das Komischste ist, daß die meisten es gar nicht merken und glauben, noch auf festem Boden zu wandeln.

Sonitschka, haben Sie vielleicht oder könnten Sie beschaffen den Gil Blas und den hinkenden Teufel? Ich kenne Lesage gar nicht und wollte ihn schon längst lesen. Kennen Sie ihn? Schlimmstenfalls kaufe ich ihn mir in der Reclam-Ausgabe.

Ich umarme Sie herzlich Ihre Rosa.
Schreiben Sie bald, wie es Karl geht.

Briefe von Rosa Luxemburg.

Freunde, ich muß immer wieder trauern! Ach, was haben wir an ihr verloren.
Dieser edlen Frau, aus Weltgeist, Kampfesmut, aus Liebe, Zartgefühl geboren?
Wer von ihrem reinen, edlen Herzen, ihrem Wesen, ihrem hohen Sinn noch nicht gesungen,
Dem ist diese Größe wohl in ihren Briefen an Sonjischa aufgegangen . . .
Rosa! Deine Güte gegen alle leidgeplagten, hilfsbedürftigen Wesen
Fühlts ich erneut, da deine Briefe aus der Schutzhaft ich gelesen.
Ob an Sittendiernen hingewandt, an kleine Vögel, einen müden Schmetterling.
Oder einen hart geplagten Stier, dem man mit Knüppelschlag zu Leibe ging —
Wie du lieb und kundig schreibst von Pflanzen, bist vom Sonnenschein beglückt,
Wie du, selbst im Kerker schmachtend, eine Freundin aufgerichtet, die bedrückt;
Wie dem Proletariat du dich als gute Führerin bewährt,
So sprichst aus deinen Briefen du zu uns, Freundin, nun verklärt . . .
Diese edle, selbst im Leid noch herzensgute Frau nannte man Megäre
Und noch anderes — ach, ich kann's nicht sagen, wie bedubelt worden ihre Ehre.
Hingemordet ward sie — schändlich Werk vertierter Soldateska, die vom Haß erfüllt . . .
Freunde, laßt uns um sie trauern! Laßt erneut bekränzen uns mit Immergrün ihr Bild . . .

Im Gefängnis, Juni 1920. Otto Kilian.

Grieshuus.

14]

Novelle von Theodor Storm.

Es war kurz danach, am Vormittage des zweiten Sonntags nach Epiphanias; draußen über den Reitplatz fegte der Nordost; deshalben ließ der Herr Oberst den kleinen Rappen nach dem Schloßhof führen; denn die Wunde an der Kehle, so der Wolf dem Tiere zugefügt, wollte noch immer sich nicht schließen, obschon von dem Vetter und dem alten Schäfer mit Wundwasser und Kräutersalben wacker dazu getan war.

Der Junker Rolf stand neben mir auf der Freitreppe vor dem Herrenhause; wir sahen zu, wie der Herr Oberst dem Rappen mit linder Hand über die wunde Stelle strich und dem mutigen Tiere beschwichtigende Worte zusprach.

„Wird bald baten, Gnaden Herr Oberst!" sagte der Schäfer; und der Vetter, der auch danebenstand, steckte die Hände in seine weiten Hosensäcke und sprach wie allzeit, wenn er seiner Weisheit auf den Boden sah: „Freilich, freilich, Oberst; will nur alles seine Weile haben."

Der Oberst aber schüttelte den Kopf und warf einen gar despektierlichen Blick auf den sorglosen, alten Herrn: „Gegen Wölfe und Wunden helfen nicht bloße Worte, davon Ihr großen Vorrat habet!"

Indem hörte ich Schritte von der Einfahrt her und sah über den Rappen weg einen hohen, aber schon stark ergrauenden Mann in den Hof treten; er trug ein lederfarben Wams und hatte einen Hirschfänger am Gurte hängen, war auch sonst in seiner Kleidung wie damals solche, die im Jagd- oder Forstwesen in hoher Herren Diensten standen; aber in seinem Antlitz waren tiefe Furchen. Ihm zu jeder Seite ging ein gar gewaltiger, brauner Schweißhund mit breitem Ohrgehänge, welche mit ihm auf uns zuschritten. Seltsam schien mir, daß er nicht um sich blickte, sondern geradeswegs nach der Stelle ging, wo der Oberst sich neben dem wunden Rosse hielt.

Als dieser sich aufrichtete und ihm sagte, er sei der Herr hier, und was Botschaft etwa er zu bringen habe, lüftete der Fremde ein wenig seine Kappe, aber fast nicht als ein Untergebener oder ein Begehrender, und hob dann in ruhigem Ton an, wie er als erprobter, bricht- und wolfgerechter Jäger den Wölfen nicht nur mit Schießen, Gruben oder Gifteigen, sondern auch auf minder bekannte Art beizukommen gute Wissenschaft erlanget, und zu dem Ende, da er von dem Roßstand hier vernommen, dem Herrn Oberste seine Dienste offeriere. . . .

„Oho!" rief der Vetter und warf sich in die Brust. „Wir halten hier nichts auf solche Jägerstücklein und Teufelsspielereien; sind auch genug der fahrenden Weidgesellen, die viel versprechen und dann wenig halten!"

Der Oberst hieß ihn schweigen, deutete aber auf die Hunde, die schier unbeweglich standen, die klugen Augen zu denen des greisen Mannes gerichtet, und sprach zu diesem: „Wenn Er mir dienen will, was hat Er seine Köter nicht am Tor gelassen? Hier binnen ist nur Platz für meine und meiner Freunde Hunde."

Unter den buschigen Augenbrauen des aufrechten Alten schoß es wie Funken; doch er entgegnete ruhig: „Wer ihren Herrn dingen will, der muß sie sich gefallen lassen; der Handel wird nur um so besser sein."

Der Oberst schwieg einen Augenblick und fragte dann: „Was für Atteste hat Er?"

Der Alte griff in sein Wams und übergab ihm eine Schrift; der Junker Rolf aber sah inzwischen nur nach den Hunden: „Oh, sehen Sie, Herr Magister, die beiden schönen Kerle!"

Er wollte zu ihnen; da rief ich laut und griff nach seiner Hand: „Laß, laß, Junker! Das sind von den grausamen Bluthunden, und sie kennen dich ja nimmer!"

Bei diesen Worten sah der Fremde, uns andere nicht beachtend, auf den Knaben; ja fast, als ob er mit den Augen ihn verschlingen wollte, daß er nicht hörte, wie der Oberst zu ihm redete: „Das wäre etwas; der König hat in seinem Preußen wohl weidgerechte Männer brauchen müssen. Hat Er mehr desgleichen?"

Aber es bedurfte eines weiteren Wortes, bevor der Fremde nochmals in sein Wams griff und ein zweites Schriftstück dem Obersten hinüberreichte. Zum Junker aber sprach er: „Es ist nicht Gefahr, so ich zugegen bin!" und raunete ein Wort zu beiden Tieren.

Da sprang der Knabe von der Treppe und lief zu den Hunden, die jetzt ihre großen Köpfe zu ihm wandten; der Fremde aber ließ langsam seine Hand auf des Junkers Scheitel sinken, und seine Lippen rührteten sich, als ob er heimlich bete.

Der Oberst hatte diesen Vorgang nicht gewahret; denn seine Augen hatten sich auf das Papier geheftet. „Oho," rief er nun, „aus Schweden, vom König Carolus ein eigenes Sigillum!" Und er hob den Hut vom Kopfe, wie immer, wenn er den Namen seines einstigen Kriegsherrn sprach. „Wie kommt's denn, daß Er im Lande streitet, so Er solche Gönner aufzuweisen hat?"

„Lasset das!" sprach der Alte. „Es ist so meine Art."

Der Oberst blickte ihn eine Weile an: „Ihr sehet mir zwar nicht einem gleich, der dienen möchte, aber folget mir in mein Gemach, so wollen wir der Sache näherkommen!"

Die Hunde streckten sich auf Befehl des Alten neben der Treppe; dann gingen beide in das Haus.

Am folgenden Tage hieß es, der Fremde sei als Wildmeister von dem Obersten angenommen; er habe sich die Wohnung im Turmhaus ob der Heide ausbedungen, nur drei Tage im Jahr, vom 23. auf 25. Januarius, müsse ihm auf dem Hofe selbst Quartier gegönnet werden.

Das gab gar viel Gerede in Grieshuus, denn es war zu einmal Friede hierzulande, obschon der ränkesüchtige Görtz regierte und die Frau Herzogin-Witwe mit unserem kleinen Herzog sich in Schweden, in ihres Bruders Reiche, aufhielt; und geschahe hier sonst nichts anderes, als daß das Korn gedroschen und in den Ställen das Vieh gefüttert wurde.

An einem Abend, da ich im Herrenhause mit dem Junker unsere Studia beendet hatte, stieg ich in die Gesindestube hinab, um meine Leuchte anzuzünden. Da saßen alle beieinander, und ich hörte den Knecht sagen: „Was weiß denn der von unsern schlimmen Tagen, die auch nun vor der Tür sind?"

Der alte Schäfer, der mit seinem rauhen Hund ihm gegenüber saß, nahm die kurze Pfeife aus dem Mund. „Ich hab' so mein' Gedanken, Jochum," sprach er; „er wird zum erstenmal nicht hier sein. Eh' denn der Herr hier eingezogen, da schon das Meisenwischern in den Büschen war, hat der junge Schmied da unten in der Schlummerstunde einen auf der wüsten Stell' am Dorf getroffen, wo einst ein Immengarten ist gewesen; der hat nach Grieshuus gewiesen und ihn gefraget: „Wer wohnt denn dorten?" Und als er dann berichtet, ist er ihm eingefallen: „Ein Schwed? Wie ist denn das?" — „Ja, Herr; er hat sich eingefreiet; aber das Weib ist diesen Herbst verstorben." Da er bei diesen Worten aufgeblicket, hat der Mann, der schon ergrauet und von großem, herrenhaften Aussehen gewesen, die Hand' gefaltet und ist totenbleich geworden; der Schmied aber hat gesagt, und, so er mir erzählet, er hätt's nicht lassen können: „Ja, Herr, aber einen stolzen Buben soll sie nachgelassen haben; und zum Frühjahr werden sie hier wohnen, gleich den alten Herren von Grieshuus, wo der ein' erschlagen und der andere — ."

Als der Schäfer so weit gesprochen hatte, kam eine Stimme von der Ofenseite: „Gabriel! Gabriel! Spar' deine unnützen Worte!" Das war die alte Matten; sie war blind; aber die Leute fürchteten sie; denn sie sah mit Geistesaugen, was erst die Zukunft bringen sollte, und so sie solcherweise anhub, meineten alle, daß sie prophezeien werde.

Und so ist es still geworden, aber die Alte sprach nicht weiter, und ich entzündete meine Leuchte, schritt über den Hof und dann im Torhaus das Treppleinn hinauf nach meinem Zimmer oben, und war der Kopf mir schwer, was für Verhängnis Gott hier möge zugelassen haben. Doch als ich bald danach ans Fenster trat, um in die Nacht hinaus zu forschen, ob nicht ein Sternlein von dem Himmel strahle, da sah ich hier im Erbental ein Lichtlein flimmern, wohl eine Viertelstunde fern, das in dem Turm da drüben brennen mochte. Das war der neue, nein, der sehr alte Wildmeister! Was er betreiben mochte, das wußte ich nicht, aber mir war, ich sei nun hier nicht mehr allein; und da ich mein Licht gelöschet, sah ich das andere noch lang von meinem Bette aus. Und Gott sei mit uns allen!

Aber am nächsten Sonnabend, es mochte nach neun Uhr abends sein, saß ich wiederum auf meiner Kammer. Mein Vetter im Dorfe drunten, der Pastor Heike Madsen, hatte mir bei gestrigem Besuche ein Buch der holländischen Irrlehrerin, der Antoinette Pourignon, gegeben, so vor Jahren drunten in der Stadt in eigenem Hause eine Buchdruckerei gehalten hatte, um ihre törichten Meinungen als Bücher ausgehen zu lassen. Es führete den Titel: „Das Grab der falschen Theologie", und ist Anno 1674 auf dem Markt zu Flensburg durch den Scharfrichter verbrennet worden; hatte mein Vetter aber curiositatis halber noch dies Exemplar geborgen. Mir war von dem frechen Wuste solcher Lehren der Kopf schier wüst geworden, und von draußen schlug der Sturm an die Fenster, als wolle er die Scheiben aus dem Blei reißen.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Bildübermittlung durch drahtlose Telegraphie.

Nachdem es vor einigen Jahren Professor Korn gelungen war, Bilder mit Hilfe der gewöhnlichen Telegraphie zu übermitteln, hat nun ein junger dänischer Uhrmacher Th. Andersen in Kopenhagen eine Methode erfunden, um Bilder sowohl mit jeder gewöhnlichen wie mit jeder drahtlosen Telegraphenanlage auf jede beliebige Entfernung zu übermitteln. „Nachdem ich die bisherigen Versuche zur telegraphischen Uebermittlung von Bildern studiert hatte," sagte Andersen, „habe ich das Problem von einer neuen Seite angefaßt. Ich wählte ein System von besonderen Zeichen, die mit einer größeren und einheitlicheren Kraft übermittelt werden können, und sie können auf diese Weise mit gewöhnlichen Telegraphenapparaten gesandt werden. Ich kann Bilder zwischen zwei Stationen durch den Draht oder drahtlos übermitteln, und ich glaube, daß die Erfindung in erster Linie für die Presse wichtig sein wird, da sie ermöglicht, ein Porträt oder das Bild eines Ereignisses so schnell überallhin zu geben, wie eine Nachricht durch ein gewöhnliches Telegramm. Auch für die Zwecke der Polizei dürfte die Erfindung von Wichtigkeit sein." Andersen hat das Bild einer Frau von der drahtlosen Station von Lyngby bei Kopenhagen mit bestem Gelingen übermittelt. Die Uebermittlung nahm dieselbe Zeit in Anspruch wie die Sendung eines gewöhnlichen Telegramms von 100 Worten. Dänische Sachverständige, die die neue Erfindung geprüft haben, erklären den dazu verwendeten Apparat für sehr einfach, leicht zu handhaben und sehr billig. Die elektrische Uebermittlung der verschiedenen Teile des Bildes erfolgt in einer Weise, die es gleichgültig macht, ob die Zeichen telegraphiert oder telephoniert werden. Bei weiterer Ausbildung der Erfindung wird es möglich sein, ohne große Kosten und mit größter Genauigkeit selbst sehr komplizierte Bilder in verschiedenen Farben zu übermitteln.

Der lebende Leichnam.

Wenn jemand aktenmäßig tot ist, so ist es für ihn, falls er tatsächlich noch lebt, recht schwierig, das Gegenteil zu beweisen; ja, es kann ihm passieren, daß er seinem eigenen Leichenbegängnis beiwohnen muß. Solches mußte ein amerikanischer Soldat, des Namens Hermann Philips, erfahren, den die französische Behörde auf dem Papier getötet hat und den sie sich hartnäckig weigert, wieder ins Leben zurückzurufen, obwohl er heil und guter Dinge in Verdeau im Staate Illinois (U. S. A.) auf Erden wandelt. Es ist eine Geschichte, die dem Heiligenschein des Sankt Bureaukratismus neuen Glanz verleiht. In einer französischen Zeitung wird die Legende also erzählt: Philips, Soldat des 64. amerikanischen Infanterie-Regiments war in einem Gefecht mit dem Feinde bei Chateau-Thierry am 28. Juli 1918 schwer verwundet worden. Er wurde in die Heimat zurückgeschickt und hatte das Glück, von seinen Wunden geheilt zu werden. Vor zwei Monaten jedoch erhielt sein Vater die offizielle Benachrichtigung von dem Tode seines Sohnes und zugleich die Mitteilung, daß die Leiche zurücktransportiert werde und demnächst in Empfang zu nehmen sei. Trotz aller Schritte des angeblich Verstorbenen und seiner Familie bleibt die Behörde dabei, ihn für tot zu halten und verlangt, daß der Leichnam abgenommen werde. Und so wurde hier das Unmögliche Ereignis, daß Hermann Philips nach Neuyork fuhr, um seine Leiche in Empfang zu nehmen, die die Behörden von Chateau-Thierry nach den Vereinigten Staaten haben transportieren lassen. Derartige Quiproquos sind natürlich bei einem Massenbetrieb nicht zu vermeiden, wie er sich aus dem generellen Beschluß der Amerikaner ergibt, die Leichen ihrer „Helden" samt und sonders in die Heimat zu überführen. (Frankf. Ztg.)

Heiteres.

Verwandtschaft. Richter: „Sie heißen Flechsentrupp? Sind Sie mit dem bekannten Flechsentrupp verwandt, der zwei Millionen unterschlagen hat?" — Angeklagter: „Leider nein!"

Der Ideallist. „Sie haben sich vor acht Tagen brieflich verlobt? Hatte die von Ihnen auserkorene Dame denn wenigstens ihr Bild eingesandt?" — „Ihr Bild nicht, aber das ihrer Fabrik!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192007 28-12/fragment/page=0006